

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends um 7 Uhr, mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee Nr. 7, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1, 00. Einzelhefte 55 Pf. Postzusatz M. 0, 25. A. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 55.

Mittwoch, den 6. März 1895.

2. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.“)

Berlin, 4. März 1895.

51. Sitzung.

Präsident v. Levetzow eröffnet Nachmittags 1 Uhr die Sitzung.

Am Vizepräsidenten: Dr. v. Bötticher, Brossart v. Schellendorff.

Die zweite Beratung des Militäretats wird fortgesetzt beim Titel „Gehalt des Kriegsmilitärs“, zu welchem der Antrag Auer (S.), betreffend Erziehung der Jugend zur Wehrfähigkeit und Einführung des Militärsystems vorliegt.

Liebknicht (S.): Ich will nur einigen Ausführungen meiner Vorredner entgegenreten. Die Bürgerwehr hat sich nicht nur in der Schweiz und Amerika, sie hat sich auch in Deutschland selbst 1848 durchaus bewährt, u. A. in Baden. In Frankreich ist ferner die Agitation für das Militärsystem. Unser Antrag ist demnach durchaus berechtigt, und wenn man heute noch nicht auf denselben eingehen will, so liegt der Grund dafür nur in der Angst vor dem Sozialismus. Was ich über die Kosten des Militärsystems der Schweiz mitgeteilt habe, beruht auf Mittheilungen von dortigen Autoritäten. Sollten die Bismarck in Wahrheit auch höher sein, so groß kann der Unterschied der Kosten unserer Armee gegenüber doch wohl nicht sein, wie ihn Herr Ribbert darstellte. Seine Informationen dürften sich auf einen der in der Schweiz jetzt recht zahlreichen Reaktionsäre stützen. Von solchen Reaktionsären gehen auch die Broschüren aus, die sich abfällig über das Wehrsystem der Schweiz aussprechen. Die demokratischen Blätter in der Schweiz haben das zur Genüge beleuchtet. Mißstände, wie sie in jenen Schriften angeführt sind, bestehen in der preussischen Armee nicht minder. Das Militärsystem gewährleistet am besten die Durchführung des demokratischen Prinzips der allgemeinen Wehrpflicht. Deshalb werden wir Ihnen mit diesem Antrage immer wieder kommen.

Dr. Enneccerus (M.): Herr Liebknicht kann nicht einfach die Ausgaben, welche die Schweiz für ihr Heer aufwendet, mit 17 multiplizieren und daraus folgern, daß unser Heer viel zu theuer sei. Eine große Armee erfordert naturgemäß viel höhere Kosten als eine kleine. Die Miliz der Schweiz hat sich außerdem bisher noch nicht in einem Kriege erprobt. In einem solchen aber allein kann man die Nützlichkeit eines Wehrsystems prüfen. Deshalb würde Scharnhorst auch nie ein Militärsystem nach dem Muster derjenigen der Schweiz befürwortet haben. Scharnhorst dachte, wie aus seinen Schriften hervorgeht, nur an ein stehendes Volksgesetz unter möglicher Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Im amerikanischen Sezessionskriege hat es sich auch deutlich genug gezeigt, daß ein entscheidender Erfolg nur mit einer wohlgeübten Truppe zu erzielen ist. Wir wollen deshalb an unserem Wehrsystem festhalten.

Liebknicht erwidert, es nehme kein Wunder, daß der Vorredners Partei, die stets ein solches patriotisches Kraftmeierthum entfaltet habe, keinen Werth auf die Ersparniß lege, die der Antrag Auer zur Folge haben müsse. Die amerikanischen Verhältnisse habe der Vorredner doch etwas zu ungenau dargestellt.

Dr. Enneccerus entgegnet, er habe mit seinen Ausführungen nur darthun wollen, daß Deutschland mit der neutralen Schweiz gar nicht zu vergleichen. Wollte der Vorredner das Militärsystem bei uns zur Einführung bringen, so müge er zunächst dafür sorgen, daß Deutschland neutralisiert werde.

Graf Oriola (M.) beantwortet eine recht baldige Berücksichtigung der Wünsche der Kriegsinvaliden, die Jahr für Jahr in den zahlreichen Petitionen zum Ausdruck kämen. Im Interesse der Petenten wäre eine Zusage des Kriegsministers erwünscht, daß bald eine Novelle zum Invalidengesetz vorgelegt werden möchte, oder noch besser, daß die ganze Invalidengesetzgebung einheitlicher gestaltet. Ferner fragt Redner, ob die Militärverwaltung seit dem vorigen Jahre der Frage näher getreten sei, inwieweit noch brauchbare Kasernements weiterhin zur Unterbringung von Militär verwendet werden sollten. In der Stadt Nuybach bestes z. B. noch eine sehr gute Kaserne, und nachdem die Bürger derselben für die Militärvorlage gestimmt hätten, glaubten sie ein Recht auf die Wiedererlangung einer Garnison zu haben. Man müsse überhaupt mehr Werth darauf legen, das Heer mehr in kleinen Garnisonen zu vertheilen.

Kriegsminister Brossart v. Schellendorff erwidert, die Garnison von Nuybach sei aus dienlichen Rücksichten verlegt worden. Die Vorgesetzten hätten es im Interesse der Ausbildung der Mannschaften ausdrücklich gewünscht.

Generallieutenant v. Spitz giebt zu, daß seitens der Invaliden viele Wünsche an das Kriegsministerium gelangen, sollten sie alle erfüllt werden, so würde die Summe von 200 Millionen kaum ausreichen. Die Militärverwaltung könne deshalb einem Entwurf erst dann näher treten, wenn bestimmt formulierte Anträge vorlägen.

Jorns (M.) fragt an, ob die Stadt Einbeck, falls sie die Garnison verlieren sollte, entschädigt werden würde.

Kriegsminister Brossart v. Schellendorff glaubt, daß es möglich sein werde, die Stadt Einbeck für diesen Fall zu entschädigen.

Webel (S.): Ich will die Debatte über den Militärantrag verlassen, nicht weil ich glaube, es sei genug darüber geredet; denn ich bin gegentheilig Ansicht und glaube, die Frage des Militärsystems wird nun nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden und es ist mehr als je notwendig, uns die Frage vorzulegen, ob wir überhaupt die Arme gegebenfalls zu einem Werkzeug gegen das Volk, die Volksrechte und die Volksherrschaft machen wollen. Aber ich erkenne an, daß hier, wo es sich um den Titel Kriegsminister handelt, eine so wichtige Frage nicht erörtert und ent-

schieden werden kann, wie es notwendig ist. Ich will hier Sachen von allgemeinem Interesse zur Sprache bringen, insbesondere Maßregeln, die von der Militärverwaltung ausgegangen sind. Es sind zunächst die wohl geheimen Erlasse des Kriegsministers, die die Beschäftigungen sozialdemokratischer Arbeiter in den Betrieben der Militärverwaltung betreffen. Obgleich wir wissen, daß der Inhalt dieser Erlasse den Anschauungen auf der Rechten entspricht, daß sie in der Militärverwaltung seit lange Praxis sind, halten wir uns immer und immer wieder veranlaßt, gegen diese Art von Erlassen auf das Allerentschiedenste Einspruch zu erheben. Wir bestreiten der Militärverwaltung oder irgend einer Verwaltung des Reiches oder des Staates das Recht, Arbeiter wegen der Betätigung ihrer politischen Ueberzeugung, so lange sie sich innerhalb der allgemeinen, für alle Staatsbürger geltenden Gesetze bewegen, aus der Arbeit zu entlassen oder nicht in Arbeit aufzunehmen. Wollen Sie ein derartiges Recht schaffen, je nach ihrer politischen Stellung, dann soll es durch die Gesetzgebung ausgeprochen werden. Bis zum gegenwärtigen Augenblicke sind die sozialdemokratischen Arbeiter und die Sozialdemokraten überhaupt genau so wie jeder andere Staatsbürger verpflichtet, ihre Steuern zu zahlen, alle Pflichten gegen den Staat zu erfüllen, Soldat zu werden, gegebenen Falles Alles zu opfern, um das Vaterland zu verteidigen, so gut wie jeder Andere. Da verlangen wir auch auf der Gegenseite, daß sie dieselben Rechte besitzen. Soll der sozialdemokratische Arbeiter zur Unterhaltung des Staates und des Militärsystems durch seine Steuerkraft und seine Persönlichkeit eintreten, dann hat man nicht das Recht, ihn wegen seiner Gesinnung aus Brod, Stellung und Existenz zu bringen. Was heute auf politischem Gebiet von Seiten der Militärverwaltung befehrt wird, das ist vor einem Jahrhundert allen Denen passiert, die eine andere religiöse Ueberzeugung hatten, als die im Staat herrschende. Eine der ersten Auslassungen des norddeutschen Bundes und des späteren Deutschen Reiches war das Gesetz, daß alle Staatsbürger ohne Unterschied des religiösen Glaubens und der Gesinnung zu den gleichen Rechten der Staatsangehörigen zugelassen wurden. Was da für das religiöse Gebiet ausgesprochen wird, soll heute für das politische Gebiet nicht gelten. Was ist aber die Folge einer derartigen Maßregel? Man erzieht Heuchler, denn die Leute werden einfach ihre Gesinnung vor der Desfentlichkeit verbergen. Ob damit der Staat etwas gewonnen hat, lasse ich dahingestellt. Jedenfalls ist es eine Maßnahme, die eines modernen Staates unwürdig ist. Meine Herren, können Sie denn überhaupt die sozialdemokratischen Arbeiter aus den Staatsbetrieben ausschließen? Ich weiß nicht, ob die Militärverwaltung so naiv ist, einen derartigen Glauben zu hegen. Wenn man ihn hat, dann ist er in der That außerordentlich naiv. Denn wie es in den Staatsbetrieben aussieht, dafür sind die in den verschiedenen Reichstagswahlkampagnen abgegebenen Stimmen ein Votum. Nie z. B. ist durch unsere Partei vertreten, in Spandau hätten wir beinahe gesiegt, ebenso in Erfurt. Meine Herren! können Sie denn ohne Sozialdemokratie existieren? Sind Sie heute im Stande, ohne die Sozialdemokratie auswärtige Kriege zu schlagen? Graf Caprivi erklärte, im nächsten Kriege werde jeder wehrfähige Mann mit hinausmarschieren. Sie haben heute Befehlshaber der Sozialdemokraten in der stehenden Armee; Sie haben Tausende in der Marine; ich könnte Ihnen Schiffe namhaft machen, wo jeder Matrose Sozialdemokrat ist, wo Mann für Mann bei den letzten Reichstagswahlen ihre 50 Pf. oder 1 Mk. zum sozialdemokratischen Wahlfonds abgeführt haben. Bei der heutigen Macht der Sozialdemokratie haben Sie (rechts) alle Ursache, sich mit ihr zu verständigen. (Heiterkeit rechts.) Sie aber überwachen die Soldaten und Rekruten, die im Verdachte sozialdemokratischer Gesinnung stehen und lassen sie darunter leiden. So wurde am letzten Oktober in Magdeburg im 66. Infanterie-Regiment der Soldat Werner, der gar nichts mit der Sozialdemokratie zu thun hatte, in den Tod getrieben. Er hat sich um's Leben gebracht, weil unter anderen Schimpfbezeichnungen, die ihm von seinem Unteroffizier widerfahren, die war, daß ihm der Unteroffizier sagte: Du bist ein Sozialdemokrat und ich werde Dich dementsprechend züchteln. Es kommt daher, daß bei den Denunziationsdiensten, die die bürgerlichen Behörden den Militärbehörden leisten, sehr häufig über's Ziel hinausgeschossen wird und in dem Erlasse des Landrats von Waidow heißt es ausdrücklich: „Der Erstattung von Befehlsanzeigen bedarf es nicht.“ Irthümer brauchen also nicht berichtigt zu werden. Wie aber mit derartig charakterisirten Leuten verfahren wird, dafür zwei Beispiele. Das eine betrifft abermals einen Arzt und ähnelt dem aus dem Vorjahre bekannten Fall Oppenheimer — es handelt sich um den Dr. med. Hirschfeld in Harburg. Er hatte das erste halbe Jahr abgedient und sollte das zweite halbe Jahr nach bestandenem Staatsexamen abgeben. Das erste halbe Jahr diente er im Jahre 1887/88 beim 2. Garde-Regiment in Berlin und wurde am 31. März 1888 als Geheimer mit glänzenden Zeugnissen entlassen. Der Mann ließ sich später in Harburg als praktischer Arzt nieder und meldete sich im Mai 1894 bei dem dortigen Meldeamt, um im September 1894 das zweite halbe Jahr bei dem Pionierbataillon Nr. 9 als einjähriger Arzt abzudienen. Im Juni erhält er die Weisung, am 20. September einzutreten. Am 28. August wird er plötzlich auf das Militärbureau beschieden und ihm Folgendes erklärt: Das General-Kommando des 9. Armeekorps zieht die Erlaubniß aus dienlichen Rücksichten zurück. Er weiß nicht, was vorliegt und macht ein neues Gesuch für das 76. Regiment in Hamburg. Er bestellt sich eine Vertretung für seine Praxis, er kauft sich seine Uniformen für 300 Mk., aber der 20. September vergeht, ohne daß er irgend eine Nachricht erhält. Endlich am 2. November erhält er den Befehl, daß er sich des in ihn gesetzten Vertrauens nicht würdig gezeigt habe, daß er wegen seiner Führung nicht mehr zum Offiziers-Aspiranten im Sanitätskorps geeignet sei und den Rest seiner Dienstzeit mit der Waffe abzuleisten habe und zwar als Geheimer. Der Mann ist auf's Schwerste geschädigt worden, ohne daß er das Recht gehabt hätte, sich zu verteidigen. Er war Sozialdemokrat, das war sein Verbrechen und der Grund, weshalb man ihn in der angebeuteten Weise gemahregelt hat. Sollten wir in einem Krieg verwickelt werden, dann wird die Militärverwaltung froh sein müssen, sozialdemokratische Kräfte zur Hülfleistung für die ungeheure Zahl von Verwundeten, die dieser Krieg bringen wird, zur

Verfügung zu haben. Der zweite Fall betrifft den sozialdemokratischen Mediziner Wendtlandt. Dieser war als Mediziner wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt worden und es wurde ihm die Berechtigung zum Einjährigedienen entzogen. Er trat in Magdeburg ein, wurde wegen eines noch schwebenden Freybergens zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt und hat diese Strafe im Militär-Arrest zu Torgau verbüßt. Er hat sich in Torgau tadellos gefügt, gleichwohl wurde er über den Kopf des Regiments hinweg durch das Armeekonno in die Arbeiterabtheilung der Festung Ehrenbreitstein verlegt. (Hört! Hört! links.) Er wird dort als Gefangener behandelt und ist Arbeitslosat erster Klasse mit der Karte, also auch ein Beweis, daß er nichts Ehrenkräftiges begangen. Er hat im Sommer von früh 7 1/4 Uhr bis Abends 9 Uhr mit kurzen Unterbrechungen thätig zu sein. Im Spätsommer beginnt die Arbeit um 5, im Winter um 6 Uhr. Ich frage: Wie kommt der Mann zu einer solchen militärischen Behandlung, weil er in seinem bürgerlichen Verufe mit dem Gesetze in einen Konflikt gerathen ist. Wegen eine derartig ungesetzliche Behandlung von Männern, die Sozialdemokraten sind, müssen wir uns auf's Allerentschiedenste aussprechen. Man geht aber in der Verfolgung sozialdemokratischer Gesinnung noch weiter. Man unterjagt den Unternehmern, die für die Militärverwaltung Lieferungen bekommen, die Beschäftigung sozialdemokratischer Arbeiter. (Hört, hört! links.) Neben Verluste eine Anzahl derartiger Verträge und Nebenverträge und führt dann aus, daß solche Verträge in direktem Widerspruch mit der Gewerbeordnung stehen. (Sehr richtig! links.) Wenn solche Verordnungen überhaupt ergehen, dann kann man doch verlangen, daß die Herren sich wenigstens einigermaßen mit den gesetzlichen Bestimmungen vertraut machen. Damit steht aber der Rufus in Widerspruch, daß die Arbeiter ohne Kündigungsfrist entlassen werden können. Soweit ist es am Ende des 19. Jahrhunderts gekommen, daß von einer Behörde, die Recht und Gesetz, Wahrheit und Gerechtigkeit in erster Linie hochhalten und wahren soll, daß von dieser Behörde einer ganzen Klasse unserer Staatsbürger die elementarsten und natürlichsten Staatsbürgerrechte genommen werden. Im ganzen deutschen Reichswalde findet man aber kaum hier und da ein Organ, das es wagt, gegen derartige Zustände sich anzulehnen. In, so lange das noch gegen die herrschenden Klassen vorkam, in den 60er Jahren, während der Konfliktzeit, in der Kulturkampfzeit, da war das Gerechtigkeitsgefühl lebendig, da erhob sich ein Sturm der Entrüstung dagegen, während sich heute außerhalb der betroffenen Partei kaum Jemand findet, der dagegen Front macht. Das zeigt auch deutlich, wie weit wir am Ende des 19. Jahrhunderts moralisch gesunken sind. (Sehr wahr, bei den Sozialdemokraten.) Ich verliere noch einige andere Dinge, die gleich in einem Aufwaschen abgemacht werden können. Zunächst wieder einmal die bekannten sommerlichen Militärlieferungen. Wir haben da wieder erlebt, daß in einer ganzen Reihe von Fällen den Truppen seitens ihrer Kommandeure Anstrengungen zugemuthet wurden, die weit über das Maß hinausgingen, was man auch unter der Voraussetzung, daß der Militärdienst ein Abfärtungsdienst sein soll, demselben zuzumuthen sollte. So haben wir zwei Fälle aus Württemberg, der eine aus der Gegend von Waiblingen, der andere aus der Gegend von Weingarten, ein dritter aus Schleswig-Holstein in der Gegend von Neudorf, wo in Folge derartig außerordentlich anstrengender Märsche, die bei der heißesten Tageszeit stattgefunden haben, eine größere Anzahl Soldaten ohnmächtig wurde und mehrere von ihnen in Folge der Ueberanstrengung starben. Nun gebe ich zu, daß sich solche Fälle nicht unter allen Umständen vermeiden lassen, besonders im Kriege nicht. Aber im Frieden muß alles derartige nach Möglichkeit verhütet werden. So besteht z. B. in Frankreich seit längerer Zeit die Bestimmung, daß Märsche von Vormittags 8 Uhr bis Abends 8 Uhr innerhalb einer bestimmten Jahreszeit und je nach der herrschenden Temperatur nicht vorgenommen werden dürfen. Warum kann in Deutschland nicht Aehnliches angeordnet werden? Aber nicht nur im Sommer, auch im Winter kommen solche Ueberanstrengungen vor. Namentlich in neuerer Zeit ist es beliebt worden, im Januar bei allerfröhtester Kälte, bei tiefstem Schnee, Nachtmanöver vorzunehmen, die ebenfalls damit endeten, daß zahlreiche Mannschaften erkrankten, und daß voraussichtlich noch viel zahlreichere Mannschaften, mit Rheumatismus und anderen Krankheiten befallen, den Militärdienst verlassen werden, weil in der Regel derartige Krankheiten sich erst später nach Monaten, nach Jahren einstellen. Bei der gewaltigen Zahl von Leuten aus dem Volk, die heute verpflichtet sind, die Waffen zu tragen, müssen wir mit allem Nachdruck verlangen, daß die Militärbehörden nicht unverantwortliche Anforderungen an die Mannschaften im Ertragen von Strapazen stellen. Das ist nicht geschehen und deshalb bringe ich die Dinge hier zur Sprache. Nun zu einem anderen Punkte: Wir haben eine Umfuhrvorlage. Sie ist erschienen unter der Parole: Für Religion, Sitte und Ordnung! Und für diesen Kampf soll ja wohl die Armee das vornehmste Werkzeug sein. Gut, ich will das einmal für einen Augenblick gelten lassen. Dann sollten aber auch Sitten und Ordnung der Armee so beschaffen sein, daß sie weder mit der Religion, noch mit der Sitte, noch mit der Ordnung im Widerspruch stehen. Das ist aber entschieden nicht der Fall. So steht z. B. das Duell in einem solchen Widerspruch zu den Pflichten des Staates. Als wir in der Umfuhrvorlage Kommissionen über die Duelle in der Armee verlangten, konnte uns der Regierungvertreter, General-Auditeur Jitenbach, mittheilen, daß in den Jahren 1890—94 im Gauzen 68 Fälle von Duellen zwischen Angehörigen der Armee konstatiert worden seien. (Zuruf rechts: Das ist sehr wenig.) Oh, Herr Graf von Mirbach: das ist noch viel mehr als die Fälle, derenwegen jetzt eine so bedeutende Verschärfung des Strafbuchgesetzes verlangt wird. (Sehr richtig! links.) Dazu kommt noch ein Anderes. Tragen nicht alle Zeichen, dann haben wir heute in Deutschland alle Ursache, auf dem Gebiete des Duells wieder in die Zustände des 15. und 16. Jahrhunderts zurückgeschleudert zu werden. Was haben wir nicht in letzter Zeit Alles erlebt? Ist es nicht sehr eigenthümlich, daß eine Reihe von Reichstagsabgeordneten in erster Linie bei der Kontrahierung derartiger Duelle theilhaftig sind. (Sehr richtig! links.) theilhaftig in ihrer Stellung als Reserve- und Landwehroffiziere. In Saar

brüden kam ein Duell vor zwischen 2 Offizieren, von denen der eine schwer verwundet wurde. Ein weiteres Duell zwischen zwei Offizieren, wobei der eine getödtet wurde, scheint der Ehre nach direkt herbeigeführt zu haben, es war also ein von der Militärbehörde gebilligtes und unterstütztes Duell. In Warburg fand zwischen einem Offizier des Jägerbataillons und einem früheren Einjährigendienstmann ein Duell statt, in dem der Offizier schwer verwundet wurde. Das sind Alles Fälle aus den letzten vier Monaten. Ein ganz eigentümlicher Fall hat sich im vorigen Jahre in Württemberg zugetragen. Ein fünfzigjähriger Oberförster und ein ihm untergeordneter Beamter, Reserveoffizier, gerathen außer Dienst mit einander in Streit. Der junge Beamte fordert seinen Vorgesetzten. Der Oberförster lehnt ab. Darauf wendet sich der Reservisten an das Offiziercorps und dieses entscheidet, daß er jeden außerdienstlichen Verkehr mit seinem Vorgesetzten abzubrechen habe, weil dieser sich mit ihm nicht habe duelliren wollen. Das Schlimmste ist, daß unter flagranten Mißachtung der Gesetze, gebilligt von den vorgelegten Behörden, die fortgesetzte Uebertretung und Verletzung der Gesetze statifindet. (Sehr richtig! links.) Was würden Sie mit Sozialdemokraten machen, die offenkundig in fast überlegender und berechnender Weise die Gesetze übertreten? Die Gesetze wollte ich sehen, die Sie dann gegen uns anwenden würden! Wie weit dieser Geist heute unsere Verhältnisse beherrscht, dafür folgendes Beispiel aus dem Januar dieses Jahres. Der Vorfall spielt in Hamburg auf der Werdebahn. Ein Offizier steht auf dem Hinterperron, ein Zivilist will absteigen. Der Offizier steht an der Stelle, wo vorschrittsmäßig das Publikum absteigen hat. Der Zivilist eruchtet den Offizier, ihm Platz zu machen. Der Offizier verweigert das mit der Entgegnung: „Sie haben dort abzu steigen.“ Der Zivilist sagt: „Mein, ich habe hier abzu steigen.“ Das wiederholt sich zwei, drei Mal. Da der Offizier den Platz nicht räumt, drängt sich der Zivilist an den Offizier vorbei. Er wird ihm wohl etwas kräftig gedrückt haben. Der Offizier springt ihm nach und verlangt, er solle ihm um Verzeihung bitten. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Der Zivilist sieht den Grund nicht ein. Drei Mal fordert ihn der Offizier auf, um Verzeihung zu bitten, dann zieht er seinen Säbel, schlägt ihn gehörig über den Kopf und schießt ihn zwischen die Rippen. Das ist er seiner militärischen Ehre schuldig, sagt er dabei. Da muß ich doch in der That sagen: Wenn es so weit gekommen ist, dann ist man ja beim besten Willen seiner eigenen Knochen nicht mehr sicher. — Auf der einen Seite die fürchterliche Bestrafung der Soldaten bei der geringsten Uebertretung oder Verletzung der militärischen Dienstvorschriften oder Strafgesetze, auf der anderen Seite eine überaus milde Bestrafung, wenn ein solcher Herr einen Andern im Duell nicht nur verwundet, sondern sogar tödtet, und dann unter 100 Fällen 99 Mal zum Mindesten noch die Gewißheit, daß er auch nicht entfernt die ihm zuerkannte Strafe abzuleiden hat, sondern daß er im Voraus begnadigt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zwei Fälle, fast gleichzeitig an denselben Tagen stattgefunden, charakterisiren den Zustand, in dem wir in Deutschland uns befinden, mehr als Stundenlange Reden. Einer meiner Genossen, der in Mainz unter dem Militär diente, wird eines Tages von seinem Obersten wegen eines kleinen Vergehens zu drei Tagen Arrest verurtheilt. Er kommt zurück auf die Stube und dort rauchirt er über die nach seiner Meinung ihm zu Unrecht zuerkannte Strafe; er wird nun benutzrt und vom Militärgericht zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. Der oberste Kriegsherr, dem das Urtheil zur Bestätigung vorgelegt wird, erklärt: 6 Monate sind zu wenig! Das Militärgericht muß von Neuem entscheiden und nunmehr wird der Mann wegen seiner Aeußerung zu der höchsten Strafe, zu drei Jahren Gefängniß verurtheilt. In denselben Tagen aber passiert es, daß der Lieutenant Mayer bei Bojel seinen Schwager im Duell erschleicht. Mayer wird zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt und nachdem er kaum einen Monat abgesehen, wird ihm die Strafe in Gnaden erlassen! Hier wegen Tödtung eines Menschen, des schwersten Vergehens, das man sich denken kann, zu zwei Jahren Festung verurtheilt, nach einem Monat begnadigt, dort ein Soldat, eine vielleicht sehr harte Aeußerung machend über einen seiner Vorgesetzten, zu 3 Jahren Gefängniß verurtheilt! Kann man drastischer die Natur unseres Militärstaates charakterisiren, als durch diese beiden Thatfachen? (Sehr wahr! links.) Was heißt es da, wenn in der Welt steht: Du sollst nicht tödten? Was fragen die Offiziere danach, die auch im Frieden tödten, wo alle Garantien gegeben sind, sich auf menschlichem Wege Recht zu schaffen, wo man dieses Recht suchen von jedem Staatsbürger als selbstverständlich verlangt. Wäre die deutsche Volksvertretung, was sie sein sollte, sie müßte gegen derartige Vorgänge in der allerenergischsten Weise protestiren. Es geht so weit, daß Offiziere, welche aus religiösen Gründen sich weigern, ein Duell einzugehen, gezwungen werden, den sühlichen Abschied zu nehmen, d. h. die Form des Abschiedes, die nach militärischen Begriffen die beleidigendste ist. Die staatliche Ordnung zu respektiren, ist Pflicht jedes Staatsbürgers. Hier sehen wir, wie, unterstützt von den obersten Militärbehörden, eine Institution fortgesetzt in unserem öffentlichen Leben aufrecht erhalten wird, die mit der staatlichen Ordnung im schneidendsten Widerspruch steht. Es ist doppelt wichtig, daß in einer Zeit, wie jetzt, wo derselbe Staat, in erster Linie geföhrt auf die Militärverwaltung, sich veranlaßt sieht, durch bedeutend verschärfte Strafgesetze gegen die Bethätigung von Ideen auf's Neue in's Feld zu rücken, weil die bisherigen Strafgesetze, welche doch nach unserer allgemeinen Ueberzeugung schon an und für sich sehr schwer und hart sind, nicht mehr ausreichen sollen. Dieser Zustand kann auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden. Wir werden grade diese schreienden Gegenstände, die innerhalb unserer heutigen Gesellschaft auf diesem wie auf anderen Gebieten vorhanden sind, fortgesetzt zur öffentlichen Erörterung bringen und wir haben die Ueberzeugung, daß wir nach dieser Richtung hin von der ungeheuren Mehrheit unseres Volkes ohne Unterschied der politischen Partei unterstützt werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Ueber die Resolution, betreffend die Einführung des Militärsystems, mich zu äußern, habe ich keine Veranlassung, denn der Bundesrath hat dazu noch nicht Stellung genommen. Sie scheint ja auch hier keine Aussicht auf Annahme zu haben. Herr Bebel hat aber einige Beschwerden vorgebracht, auf die ich ihm antworten will. Zunächst sprach er von gewissen Erlassen; er hat sie aber nicht einmal vollständig angeführt. Ich muß an diesen Erlassen durchaus festhalten und werde eher dafür trachten, sie noch auf andere Arbeiterkategorien und auf Bureaubeamte auszudehnen, die geheime Liste an Zeitungsredaktionen ausliefern. Solche Leute sind eventuell auch fähig, Landesverrath zu verüben. Der Vorwurf, daß ich damit Leute auf das Pfaster werfe, berührt mich daher nicht weiter. Der Soldat Werner in Magdeburg hatte sich unerlaubt entfernt und war einmal auf Posten eingeschlafen: aus Furcht vor Strafe ist er dann in's Wasser gegangen. Der vom Vorredner erwähnte Dr. Dirchfeld hat sich in Hamburg hervorragend an sozialdemokratischen Agitationen betheiliget und sogar seinem Sohne verboten, eine andere als eine rote Fahne zu tragen. Der Generalarzt hielt ihn deshalb für die Stellung eines Vorgesetzten nicht für geeignet. Der Redakteur Wendtlandt hatte außer der Verurtheilung wegen Majestätsbeleidigung noch fünf Strafen wegen Preßvergehens abzubüßen. Nachher hatte er es unterlassen, sich zum Eintritt seines Militärdienstes zu melden. In Magdeburg übernahm er die Redaktion der „Volksstimme“, und dadurch wurde die Polizei auf ihn aufmerksam. Man erkannte ihm die Berechtigung zum Einjährigendienst ab. Sodann stellte sich heraus, daß noch ein Verfahren gegen ihn vorlag, für das nun das Militärgericht zuständig wurde. Da eine Strafe von 3 Monaten in Aussicht stand, kam er zur Arbeiterabtheilung. Dazu hätten wir auch ohnedies ein Recht gehabt, denn es besteht eine Bestimmung, wonach Personen, die ein Mal wegen Majestätsbeleidigung bestraft sind, ohne Weiteres der Arbeiterabtheilung zugewiesen werden können. Endlich hat Herr Bebel die Durchfrage erwähnt. Ich will auf dieselbe

nicht näher eingehen. Aus den vom Vorredner angeführten Zahlen geht aber doch hervor, daß bei 88 Fällen unter 30 000 Offizieren in fünf Jahren die Zahl der Duellen in der Armee eine verschwindend geringe ist. Uebrigens hat Herr v. Bollmar einmal selbst anerkannt, daß die Armee nicht der Hauptstich der Duelle ist. In anderen Gesellschaftskreisen kommen dieselben viel häufiger vor. Das Eine muß ich aber Herrn Bebel doch entgegenhalten: Wir verlangen von dem Offizier, daß er es als seine höchste Ehre betrachte, für König und Vaterland zu sterben. Um so mehr müssen wir ihm aber mildernde Umstände zubilligen, wenn er auch einmal mit seinem Leben für die eigene Ehre eintritt. (Beifall rechts.) Wenn Herr Bebel daher nichts Schlimmeres gegen die Armee vorzubringen hat, so nehme ich es nicht tragisch. Ich weiß, die Mehrheit im Volke sagt doch: Der Herr Kriegsminister hat doch Recht. (Beifall rechts, doch links.)

Wach (Fg.) tabelt die vom Abg. Bebel erwähnten Erlasse, die eine unbillige und unkluge Maßregel darstellten, denn sie forderten nur die politische Heuchelei.

Bebel: Ich halte es für durchaus begreiflich, daß das Bestreben des Kriegsministers dahin geht, die sozialdemokratischen Bestrebungen von der Armee möglichst fern zu halten. Dieses Ziel wird er aber durch seine Erlasse nie erreichen. Er erreicht damit nur, daß die sozialen Gegensätze sich verschärfen. Und deshalb müßte er getrotzt seine Erlasse auf andere Arbeiterkreise ausdehnen. Er liefert uns damit nur neues Agitationsmaterial. Der Kriegsminister sprach von ungetreuen Beamten, die uns Schriftstücke ausliefern. Diese Schriftstücke gehen uns meist zu, ohne daß wir eine Ahnung davon haben, wer sie abgelaßt. Daß wir sie veröffentlicht, kann uns kein Mensch verdenken. Am allerwenigsten aber darf man annehmen, daß wir Leute, die uns Erlasse zugehen lassen, bezahlen. Bis jetzt hat noch kein Mensch von uns einen Heller für eine solche Leistung erhalten. (Rufe: Na, na!) Wir kennen ja, wie gesagt, die Absender gar nicht. Was den Fall Wendtlandt betrifft, so lag gegen denselben durchaus nichts Ehrenrühriges vor. Einem Militär mag eine Majestätsbeleidigung als solches gelten, im bürgerlichen Leben aber betrachtet man es als ehrenvoll, wenn man für seine politische Ueberzeugung eintritt und das hat Wendtlandt gethan. von Bollmar hat seinerzeit das Duell durchaus verurtheilt, wie es von einem Sozialdemokraten nicht anders zu erwarten ist, er hat nur zugegeben, daß das Duell unter Umständen in noch höherem Grade, als in der Armee, auf den Universitäten besteht. Jedenfalls kann der Kriegsminister nicht leugnen, daß das Duell eine mit dem Gesetz und den religiösen Anschauungen im Widerspruch stehende Institution ist. Meine Behauptung, daß Offiziere, die aus religiösen Gründen ein Duell verweigert, ihren Abschied nehmen müßten, hat der Kriegsminister unwiderprochen gelassen. In den weitesten Kreisen wird das Duell verurtheilt, ich begreife daher nicht, wie der Kriegsminister die Erwartung aussprechen konnte, daß das Volk ihm Recht geben werde.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff beruft sich für seine Auffassung, daß ein Gegensatz zwischen Bebel und von Bollmar bestehe, auf das amtliche Stenogramm. Was das Duell betreffe, so könne er den Vorredner darüber beruhigen, daß kein Ehrenrath bestimmen könne, ob ein Offizier sich duelliren solle oder nicht.

Bebel weist demgegenüber darauf hin, daß doch sehr oft bekannt geworden sei, daß der Ehrenrath sich mit Duellangelegenheiten befaßt habe. Ein Gegensatz zwischen ihm und Bollmar bestehe in der Duellfrage nicht, lasse sich auch aus der vom Kriegsminister zitiirten Stelle des stenographischen Berichts des bayerischen Landtages nicht konstruiren.

Röske (wild.) erklärt die Erlasse, durch welche Arbeiter von der Beschäftigung in Militärwerkstätten ausgeschlossen würden und durch die Lieferanten die gleiche Bedingung auferlegt werde, für höchst bedenklich.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff erwidert, es sei noch keinem Lieferanten eine solche Bedingung gestellt worden. Abgeordneter Bebel veresse, daß er von der Behauptung ausgegangen sei, die Armee zähle besonders viel Duelle. Abgeordneter von Bollmar habe das Gegentheil zugegeben; da bestehe doch ein Gegensatz.

Bebel befreitet nochmals das Vorhandensein eines solchen Gegensatzes.

Auf eine Anfrage von Ricker (Fg.) erklärt Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff, die Militärverwaltung sei mit Erwägungen beschäftigt, ob Erleichterungen in den Nebenbeschränkungen bei den Festungen von geringerer Bedeutung eintreten könnten. Würde die Frage bejaht, so würde die Neuerung auch Danzig zu Gute kommen.

Damit schließt die Diskussion.

Das Begehrt des Kriegsministers wird bewilligt. Die Resolution Auer und Genossen wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Die übrigen Titel des Kapitels „Kriegsministerium“ werden ohne Debatte den Anträgen der Kommission gemäß erledigt. Beim Kapitel „Militär-Geistlichkeit“ befürwortet Lingens (Fr.) eine noch größere Fürsorge für die religiösen Bedürfnisse der Soldaten, insbesondere aber während der Wanderschaft.

Schall (R.) dankt der Militärverwaltung für die Einstellung von größeren Mitteln für Pfarrer, die in kleineren Garnisonen die religiöse Fürsorge für das Militär übernehmen und schließt sich dem Wunsche des Vorredners an, daß den Soldaten in der Wanderschaft mehr Gelegenheit zur Theilnahme an dem Gottesdienst gegeben werde.

Lingens giebt der Befürchtung Ausdruck, daß die eingestellten größeren Mittel nur den evangelischen, nicht den katholischen Geistlichen zu Gute kommen werden.

Das Kapitel wird darauf bewilligt.

Die Weiterberatung wird auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Reichstagsersatzwahl im Kreise Wolsheim-Erstein findet am 3. April statt.

Schwege. Bei der am 28. Februar stattgehabten Reichstags-Ersatzwahl im Wahlkreise Schwège-Schmal-kalden (4. Kassel) wurden nach amtlicher Ermittlung insgesammt 16 037 Stimmen abgegeben, davon erhielten Huhn (Sozialdemokrat) 5605 Stimmen und Strauß (Antisemit) 3826 Stimmen. Die erforderlich gewordene Stichwahl ist auf den 14. März anberaumt worden.

Eine Audienz beim Reichskanzler hatte in diesen Tagen der Vorstand des Central-Ausschusses der vereinigten Innungsverbände Deutschlands. Die Innungsleute trugen die Wünsche über die Organisation des Handwerks vor. Eine Utopie mehr!

Ein vielbeschäftigter alter Herr ist Fürst Hohenlohe. Kann hat er die Künstler empfangen, muß er auf dem Bismarckkommer der „Berliner Studentenschaft“ eine Ansprache halten. Er dankte, wie Wolffs Telegraphenbureau berichtet, zunächst, daß ihm durch die Einladung Gelegenheit gegeben sei, „mit den Studenten

den Mann zu feiern, in dem er nicht allein den größten Staatsmann des Jahrhunderts, sondern wie er stolz hinzufügt, auch den Freund verehere.“ (Brausender, lang anhaltender Beifall.) „Möchten die Studenten den patriotischen Geist bewahren, der bei den Studierenden Deutschlands traditionell sei. Sie möchten die Treue für Kaiser und Reich bewahren! Möchten die Studenten den frohen muthigen Sinn der Jugend bewahren und festhalten an der idealen Weltanschauung, ohne die das Leben keinen Werth habe. Ich trinke auf das Wohl der akademischen Jugend Deutschlands. (Donnernder Beifall.) Generaloberst v. Loß wies auf die innige Solidarität zwischen dem Offiziercorps und der Studentenschaft hin. Nun kann es dem Bruder Studio nicht fehlen. Ihm, der faust, raucht, liebelt und bummelt, zum Examen einpauken läßt, bei den Wahlen den ordnungsparteilichen Schlepper spielt, bei Bismarck- und anderen vaterländischen Kommeren hoch schreit, der gesinnungsstramm und als unwissender Burfsche zielbewußter Sozialistenbödder ist. Die Ideale dieser akademischen Jugend sind Strebertum und Prinzipienlosigkeit, sie fühlt sich als Theil und Eideshelferin der herrschenden Klasse, sie dient dem Kapitalismus und der Gewalt. Vorwärts aber schreitet die jugendkräftige Arbeiterklasse, die Erbin der geistigen Hinterlassenschaft aus Deutschlands klassischer Periode. Mögen die Todten ihre Todten begraben.“

Der Verein „Berliner Presse“ hat mit 72 gegen 21 Stimmen eine an den Reichstag zu sendende Protest-Resolution gegen die Umsturzvorlage angenommen, wo namentlich die Gefahren, die der Presse und der Litteratur aus der Vorlage drohen, dargelegt werden. Die Berliner bürgerlichen Journalisten haben also doch soviel Schamgefühl gehabt, die Besuche der Herren Wichert und Pantenius zurückzuweisen. Mühe hat es genug gekostet, und zahm genug ist die Resolution auch.

Der Zentralverein zur Hebung der deutschen Flussschifffahrt entrißte sich in seiner Generalversammlung in Berlin gewaltig über das Verlangen der Schiffer nach Sonntagruhe und Verkürzung der Fahrzeit. Eine Resolution wurde angenommen, die den Ruin des ganzen Geschäfts voraussetzt, wenn die Regierung diesen sozialistischen Forderungen nachkomme. Dem Verein gehören lediglich Schiffsbesitzer an, deren brutale Selbstsucht durch diesen Beschluß sinnfällig zu Tage tritt. Die verständigen Vorschläge unserer Parteifreunde in der Binnenschifffahrtskommission des Reichstags sind freilich ein Aktentat auf die zügellose Profitmacherei, die den Arbeiterschutz wie lothendes Feuer fürchtet.

„Es giebt keinen vierten Stand!“ Zu diesem Thema schreibt Max Rieck in den konservativen Grenzboten das Folgende:

Gestern Abend wurde ich aus tiefem Sinnen aufgeschreckt. Es war gegen acht; das ist in Hamburg die Zeit, wo einem die Abendzeitungen gebracht werden. In meinem Zimmer waren es die üblichen 15 Grad + Reamur, draußen am Fenster zeigte mir das Thermometer 12 Grad + Reamur. Vor mir stand die singende Themashine; um mich herum standen vier gesunde Kinder, die sich vor Wohlthatigkeit nicht zu lassen wußten. Chocolate oder Cacao trinken mochten sie nicht; Brod mit Butter und pomerischer Gänsebrust oder mit Gänsefleisch und Schweizerkäse mochten sie nicht mehr; sie hatten — gar keinen Hunger. Eben wollte ich eine einbringliche Rede darüber halten, daß alle artigen Kinder essen müßten, da riß irgendwer mit fürchterlichem Ruck an der Hausklingel. Erschreckt sprang ich auf, mit dem Vorzuge, dem Klingelzug-Reißer ein gehäuftes Maß voll Grobheiten anzubieten. Es war der Zeitungsjunge. Junge, was reißeit Du so an der Glocke, kannst Du nicht anständig und leise klingeln? — Ach, lieber Herr, mir sind die Finger ganz steif gefroren, ich konnte den Knopf nicht fassen, nun hab ich schon mit den Fingern klingeln müssen. Es sind ja zwölf Grad Kälte. — Hast Du denn keine Handschuhe? — Ach Gott, ich habe ja nicht ein Mal heile Strümpfe an! Hinter mir standen meine beiden ältesten Mädchen, Kinder von zehn und neun Jahren, die über diese Armut in ein bitterliches Heulen ausbrachen und dann dafür sorgten, daß der arme erfrorene Kerl warm in- und auswendig wurde, so schnell und so gut es ging. In zehn Minuten, die er sich am warmen Ofen bei mir auswärmen mußte, thauten der arme Burfsche gründlich auf; viel Jämmerliches wußte er zu berichten. Vater hat seit elf Wochen keine Arbeit; bei Mutter ist vor drei Wochen der Storch gekommen und hat uns den siebenten Bruder gebracht; Fleisch haben wir seit langer Zeit nicht mehr zu essen gekriegt, auch Vater kann kein „Rohbiefleed“ mehr essen, der Pferdebeschlächter will uns nichts mehr borgen. Auch all' die Andern, die mit uns in einer Terrasse wohnen, haben keine mehr. Vater hat schon gesagt, wenn's nicht bald besser würde, wenn er nicht bald Arbeit und Verdienst bekäme, dann müßte er sich das Leben nehmen oder — sterben. Ich that dann einen Blick in die Zeitung, durchslog die Neben-Namen des Reichstages, und bei dem Namen Stumm, der in letzter Zeit zu seinem und, wie ich fürchte, zu unser aller Schaden populär geworden ist, machte ich Halt. Ich ahnte schon, daß er mir irgend etwas zu sagen haben würde. Und richtig, nun war's heraus: „Die ganze Deduction von den Interessen des vierten Standes ist eine reine Fiction. Es giebt gar keinen vierten Stand!“ Das schlug bei mir durch; nun hatte ich für Alles, was mir bis jetzt aus Stumm'schem Munde Räthsel geblieben war, die Aufklärung; der Mann lebe in einer anderen Welt! Eben noch hatte ich einen Blick in die bitterste Noth dieses vierten Standes gethan, hatte mitgeföhlt, was der arme Vater empfinden muß, wenn Mittags und Abends um die Offenzeit die Gloden der Kirchen zur Mäthzeit rufen und er den Tisch leer lassen muß, und nun soll das Alles nicht wahr sein, nach Herrn von Stumm? In Wortlaubereten soll man sich doch wohl nicht mit ihm einlassen; er will doch nichts weiter sagen, als: Es giebt keine Noth unter den Arbeitern! Da möchte ich ihn doch höflich einladen, einmal vier Stunden in ein Coupee 1. Klasse sich zu setzen und mit mir eine Wanderung durch Samburger Arbeiterviertel zu machen! Ganz bequem soll diese Wanderung sein: zuerst will ich ihn so um die vierte Stunde vor die Zeitungsausgabe des Hamburger „General-Anzeiger“ führen. Da soll er sehen, wie in der bittersten Kälte die Menschen, Männer und Frauen, Greise und Kinder, auf der Straße die Ausgabe der Zeitungen abwarten, um Arbeits-Angebote zu suchen. Da soll er sehen, wie sie davonraufen, sobald sie einige Adressen sich gemerkt haben. Von Gensdarmen in Reihen zusammengehalten, warten und warten sie mit hungerigen Mägen und zerrissener Kleidung, und um die ersten Mütter schlagen sie sich. Gehören diese Leute zum Stande Stumm? Oder gehört Stumm zu diesen? Hat der Freiherr schon ein Mal

in seinem Leben gehungert? Sind diese Leute schuld an ihrem Elend? Wer hat die Ueberproduktion und damit die Arbeitslosigkeit verschuldet? Die Arbeiter etwa? Da der Herr v. Stumm gerade heraus erklärt, es gäbe keinen vierten Stand, so muß man ihm eben so gerade heraus sagen, daß er weder eine Ahnung hat, was in der Welt vorgeht, noch weiß, wo der Nährboden zu suchen ist für die umstürzlerischen Thaten, noch eine Ahnung hat, wo der wahre Kern des Sozialismus liegt. So sehen die Herren aus, die wir uns zu Vertretern erwählt haben, die uns neue Gesetze schaffen, die das deutsche Volk Wohlthat im Auge haben!

Die große „Mittelstandspartei“, welche der Goldschmiedemeister Fischer in Berlin gründen wollte, um als machtgebender Faktor in die Reichsgesetzgebung einzugreifen zu können, ist ins Wasser geplumpft. Die in Berlin stattgehabte Versammlung war von kaum 300 Männern besucht. Wir haben das Verschickte dieses Unternehmens vorausgesehen. Wer von den Handwerkern seine Zeit begriffen hat, ist heute Sozialdemokrat, der andere Theil aber hat sich den Konservativen und Antisemiten als Vertretern der Juntpoppe angeschlossen. Nur Zeit! Auch diese werden noch erwachen.

Die Majestätsbeleidigungen (d. h. Denunziationen) sollen nach der „Volksztg.“ derart zunehmen, daß ein Untersuchungsrichter in Berlin in derselben Woche nicht weniger als 68 Fälle solcher Anklagen zu bearbeiten hatte. Nach demselben Blatt sollen einige junge Leute wegen Aeußerungen über den „Sang an Regir“ angeklagt worden sein.

Fahrpreisermäßigung nach Friedrichsrub. Dem Ausschuss der deutschen Studentenschaft ist mitgeteilt worden, daß auf Befehl des Kaisers von den königlichen Eisenbahndirektionen und preussischen Privatbahnen in der Zeit vom 31. März bis 3. April für die Reise vom Wohnorte nach Hamburg und zurück in der dritten Wagenklasse aller Ränge der Militärfahrpreis und bei höherer Klasse für Hin- und Rückfahrt der Preis der einfachen Fahrkarte erhoben werden wird. Das Reichseisenbahnamt habe sich mit den beteiligten Bundesregierungen wegen entsprechender Ermäßigungen in Verbindung gesetzt. — Was sagt denn Finanzminister Miquel zu dem Ausfall, welcher hieraus entsteht auch bei den Einnahmen von Reisenden, die in dieser Zeit nach Hamburg und zurück fahren, ohne sich an der Guldigungsfeier irgendwie beteiligen zu wollen? Im Uebrigen würden auch wir für Preisermäßigung — ja freie Fahrt — plaidiren, wenn wir die Gewissheit hätten, daß die Bismarckduster in Friedrichsrub ein zweites Daldorf anlegten und nimmer mehr zurückkehrten.

Der Jammer der „Nationalliberalen Korrespondenz“ über das Ergebnis der Erbschaft in Schwelge-Schmalzthalen ist herzerweichend. Die Nährmutter der verlogenen Blätter Deutschlands schreibt unter anderem:

Auf dem Lande wurde nur schwach gewacht und man wurde sich dort der wirklichen Gefahr nicht bewußt, gegen die man den Kampf pflichtmäßig hätte führen sollen. Der Schaden ist nun angerichtet: es kommt zu einer Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Antisemiten, wobei der letztere keine Aussicht mehr hat, den Besitzstand seiner Partei zu erhalten. Die Freisinnigen sind gewillt, geschlossen für den Sozialdemokraten einzutreten, und diesem Bündnisse gegenüber werden sich die Kräfte, über welche Herr Zerkant in der Stichwahl günstigsten Falles verfügen kann, als zu schwach erweisen. Der 47. Sozialdemokrat steht wie wir befürchten, dem Reichstag als unvermeidlicher Zuwachs bevor.

Eine Probenummer des von Ahlwardt und Böckel herauszugebenden Blattes: Deutsches Volksrecht, redigiert von Hans v. Mosch, ist erschienen. Böckel bekämpft im Leitartikel den Kapitalismus, Ahlwardt fordert im Programm Beseitigung des römischen Rechts und Gastwirth Bodeck schlägt ein neues Schuldenstilgungsverfahren vor.

Die internationale Münzkonferenz soll Mitte März zusammentreten. — Ausgehen wird sie wie das Hornberger Schießen.

Brentano und die Umsturzvorlage. In der „Zukunft“ wendet sich in höchst entschiedenen Ausführungen Prof. L. v. Brentano gegen die gesamte Umsturzvorlage. Er begründet seinen Widerspruch u. A. mit den treffenden Sätzen:

„Auf die Bauernbefreiung von 1811 kam die Witschrift der ostpreussischen Gutbesitzer unter Führung des Grafen Dohna gegen die Durchführung des Regulirungs-Ediktes und darauf 1816 unter dem Namen der Deklaration die theilweise verfallene Zurücknahme dieses Ediktes; in Folge dessen dauerten die Mißstände fort, die der Bewegung von 1848 auf dem Lande den Nährboden gaben und erst die Bewegung hat dann wirklich die Bauernbefreiung gebracht. So ist auch diesmal die Morgenröthe der königlichen Verprechungen übergegangen in einen trüben Tag und bleiern drücken die Rebel, die einflußreiche Interessenten zur Verhüllung der Sachlage zu erzeugen verstehen. Wie damals in der Ansicht der Gutbesitzer, so findet man heute in der der Millionäre das Heil. Denjenigen aber, deren Gewissen gegenüber solcher Wendung sich aufbäumt, droht eine neue Auflage der Karlsbader Beschlüsse. Eine Ermordung — diesmal ist es nicht die eines Kobyew, sondern eine Ermordung im Auslande — hat den Anstoß zu einer Gesetzesvorlage gegeben, zu der die heimischen Verhältnisse absolut keinen Anlaß bieten, und weil der Widerstand, den man in Frankreich selbst den berechtigtesten sozialen Reformen entgegensetzt, daselbst einen Anarchismus gezüchtet hat, der vor den wahnsinnigsten Verbrechen nicht zurückweicht, soll bei uns die Freiheit von Wissenschaft und Kunst der Interpretation von Rautenkupparagraphen durch Staatsanwälte und Richter preisgegeben werden.“

Gegen die Umsturzvorlage. In Berlin hat sich gegenüber der sogenannten Umsturzvorlage ein Komitee zum Schutz des bestehenden Rechts konstituiert und eine Centralstelle für alle Kundgebungen bezüglich der Umsturzvorlage begründet. Mittheilungen über Versammlungen, Resolutionen, Petitionen u. dergl. werden dort mit Dank entgegengenommen und verwertet. Die Centralstelle befindet sich Charlottenburg-Berlin, Rnefbeckstraße 94. Adresse: Dr. R. Penzig, Schriftsteller.

Zur Umsturzvorlage. Ernst Freiherr v. Wolzogen veröffentlicht im Verlage von F. Fontane u. Co.

unter dem Titel „Links umlehrt schwenkt — Traß“ ein „ernstes Mahnwort an die herrschenden Klassen und den deutschen Adel insbesondere“. Die Schrift enthält zugleich eine scharfe Verurtheilung des Umsturzgesetzes, das „ein ungeheuerliches Attentat auf die Gedankenfreiheit in Deutschland“ genannt wird. Mit bitterem Spott redet der Dichter von den Gesetzgebern, die der Ansicht huldigen, daß alle Menschen überaus glücklich und zufrieden sein, freudig ihre Steuern zahlen und ihre Fürsten und Minister als von Gott erwählte Erbpächter aller Weisheit und aller Menschenliebe anerkennen würden, wenn nicht einige gewissenlose Leute vorhanden wären, die ihnen einzureden wagten, daß es Zustände gebe, mit denen ein denkender Mensch Ursache habe, unzufrieden zu sein. Er wendet sich gegen das Umsturzgesetz, das in erster Reihe die Schriftsteller, die Presse im weitesten Umfang treffe und zugleich die akademische Lehrfreiheit angreife, und sieht die Ursache der Hilflosigkeit, deren Zeugniß dieser Entwurf sei, in der vollkommenen Untermüth, in der sich die herrschenden Klassen über den geistigen Standpunkt des intelligenten Volkes befinden. Der Verfasser weist an Beispielen aus seinen eigenen Erlebnissen nach, wie in gewissen Kreisen, namentlich von früheren Offizieren, die Ansicht herrsche, daß man immer die Meinung der jeweiligen Regierung vertreten müsse.

Einen glänzenden Reinfall hat die Dresdener Amtshauptmannschaft mit ihrem s. B. viel glossirten Verbot, Kinder zu Vereinsfestlichkeiten mitzubringen, erlitten. Wir lesen darüber in der „Sächs. Arbeiterztg.“:

„Der bekannte Erlaß der Amtshauptmannschaft Dresden-Aktstadt, der verordnet, daß zur Befreiung von schulpflichtigen Kindern an Festlichkeiten behördliche Erlaubniß nötig sei, widrigenfalls die Veranstalter und Leiter solcher Festlichkeiten zu bestrafen seien, ist gestern durch die 2. Strafkammer des hiesigen Landgerichts für rechtsungültig erklärt worden. Die auf Grund jener Verordnung mit Polizeistraf belegten und vom Amtsgericht Döhlen verurtheilten Vorstandsmitglieder des Arbeitervereins für den Plauenischen Grund wurden kostenlos freigesprochen. Damit sind auch alle derartigen Erlasse anderer Verwaltungsbehörden als hinfällig anzusehen. Die Verletzung der Sozialdemokraten zu bekämpfen, hat also mit einem vollendeten Fiasko der sächsischen Verwaltungsbehörden geendet.“

Herr Staatsanwalt Pinoff in Romitz, dessen Aeußerungen über die „Umsturzvorlage“ wir kürzlich niedriger hängten, ist, wie wir aus der „L. W.“ erfahren, schon lange als „schneidig“ berüchtigt. In dem großen „Geheimbundsprozesse“ in Elberfeld hat er besonders Vorbeeren geerntet. Daß Herr Pinoff aus seinem Herzen keine Würdergrube gemacht hat, ist um so erfreulicher, wenn man weiß, wessen Sohn Herr Pinoff ist. Der Vater Pinoff, ein Jude, war ein bürgerlicher Demokrat, der 1848 für seine Sache wacker gekritten und gelitten hat. Ihm ist die Ehre widerfahren, in das berüchtigte Schwarze Buch aufgenommen zu werden, in jenes Verzeichniß der bekannteren Freunde der Volksache, das die reaktionären Angeber nach dem Siege der Kartätschenmänner in dem Verlage der v. Deckerschen Hofbuchhandlung in Berlin herausgaben, sich zur Schande, den Gedächtneten zum Ruhm. Was wohl der Vater Pinoff zu der Umsturzrede des Sohnes Pinoff sagen würde?

Landesverrathsprozess. Am Montag, den 4. März, fand vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts unter dem Vorsitze des Senatspräsidenten Dr. von Wolff die Hauptverhandlung statt gegen Friedrich Adolf Bruno Hemprich aus Pittau i. S., friehrer Musiker und Bergmann, jetzt Anstreicher, z. B. in Untersuchungshaft. Die Anklage wurde erhoben wegen Verbrechens bez. Vergehens gegen die §§ 3, 10 und 9 des Reichsgesetzes gegen den Verrath militärischer Geheimnisse vom 3. Juli 1893 in Verbindung mit den §§ 49, 43 und 74 des Strafgesetzbuches (Beihilfe, Versuch und Gesetzeskonturrenz). Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Es waren ein militärischer Sachverständiger und vier Zeugen geladen. Der Angeklagte Hemprich wurde wegen Beihilfe zum Verbrechen des im § 3 des Spionagegesetzes bezeichneten Verbrechens zu 9 Monaten Gefängniß und 1 Jahr Ehrverlust verurtheilt. Er hatte Briefe seines bereits verurtheilten Bruders weiter befördert, in denen dieser für Frankreich geheime Nachrichten über neue Gewehr- und Geschützmunition verlangte.

Der deutsche Export nach den Vereinigten Staaten hat auch schon in den beiden ersten Monaten dieses Jahres wieder eine erhebliche Zunahme aufzuweisen. Es wurde bis zum 20. Februar exportirt für 2838311.99 Mark gegen 1596130.97 Mark im Vorjahre. Seitdem ist der Export noch immer weiter im Steigen.

Lübeck und Umgegend.

5. März.

„Wir haben es herrlich weit gebracht“, so mögen die hiesigen Freisinnigen ausrufen, wenn sie am 1. April, dem Geburtstag der „alten Raketenliste“, in den April geschickt werden. Eine Anzahl enragirter Bismarckduster hat nämlich beschlossen, auf dem Marktplatz am 1. April eine größere Feier abzuhalten und bei dieser Feier soll der freisinnige (man beachte das Wort „freisinnige“ recht) Abgeordnete Dr. Görz die Festrede halten. Als Thema schlagen wir vor: „Bismarck und der Freisinn“, oder „wie man an die Wand gedrückt wird, daß man quiescht“. Bismarck, Eugen Richter und Dr. Görz, das Triumvirat am „fin de siècle“. Es lebe Don Basilio!

Was die Bismarckfreunde hier alles zum 1. April planen. Um den Geburtstag des Kaiser Depeschensfallchers und Bismarckdusters würdig zu begehen, ist

in Lübeck folgendes in Aussicht genommen: Der Senat beabsichtigt dem „Altreichskanzler“ eine offizielle Glückwunschadresse zu widmen. — 2) Die Bürgerliste wird zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen. — 3) Es ist eine Illumination der Stadt ins Auge gefaßt. — 4) Ein Festzug wird geplant und 5) der Knalleffekt: Auf dem Marktplatz findet eine „erhebende“ Feier statt. — Genügt's? Da auch die Jugend herangezogen werden soll — doch etwa nicht durch Generalbefehl? — so befrworten wir, daß jedem Kinde eine Proschüre des Inhaltes überreicht wird: „Wie man Depeschen fasscht“, außerdem wird jedes Kind eine Bismarckdustertüte erhalten.

Einen Reinfall haben die „Lüb. Anzeigen“ und die „Eisenbahn-Zeitung“ erlebt, als sie aus Essen folgende Nachricht brachten:

„Essen a. d. R., 28. Februar. In der vorigen Nacht hat sich die Frau des sozialistischen Agitators Geppert in Braubauerschaft mit ihren drei Kindern, zwei sechs- und einem zehnjährigen, mit Stricken gebunden in die Emser gestürzt. Das älteste Kind, ein Knabe, machte sich frei und wurde gerettet. Er erzählte von der Noth der Familie und den Mißhandlungen seitens des Vaters. Geppert wurde verhaftet. Die Leichen sind bereits gefunden.“

Die „Lüb. Anz.“ wollten einen besonderen Trumph auspielen und ließen daher das Wort „sozialistisch“, ganz gegen sonstige Gewohnheit, recht fett drucken. Das Schönste ist nun, daß Geppert gar nicht Sozialdemokrat war, im Gegentheil; die „Lüb. Anz.“ als nationalliberaler Klaffer hatten alle Ursache zu schweigen. Nicht unserer, sondern der nationalliberalen Partei haumelt, wenn man so sagen will, Geppert an den Rockschößen. Wäre der verkommene Mensch, der Frau und Kinder in den Tod getrieben hat, ein solcher Agitator, so würde die „Essener Volkszeitung“, welche die Sozialdemokratie heftig bekämpft und sich mit Vorliebe in persönlichen Angriffen auf deren Wortführer ergeht, gewiß nicht ermangelt haben, diesen Umstand mit spitzigen Glossen hervorzuheben. Auch der Essener „Allgemeine Beobachter“, der über den Fall ausführlich berichtet, und der Gelsenkirchener Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ erwähnen mit keinem Worte, daß Geppert überhaupt Sozialdemokrat, geschweige denn „Agitator“ sei. Unserem Kölner Parteiorgan schreibt man noch aus Essen selbst: „Die Zeitungen melden von einem „hervorragenden sozialdemokratischen Agitator“ Geppert, der in Braubauerschaft bei Gelsenkirchen Frau und Kinder durch seine Brutalität in den Tod getrieben. Woher mögen diese Organe ihre Wissenschaft haben, da in den hiesigen Parteikreisen davon durchaus nichts bekannt ist! Der betreffende Geppert hat sich Mitte der 80er Jahre in das Vertrauen der Essener Genossen einschleichen wollen. Aber durch sein widerwärtiges Benehmen verleitete der Mensch seine Bemühungen. In Gelsenkirchen hat derselbe eine Zeit lang das Vertrauen der Bergleute (niemals der Sozialdemokratie) besessen, bis er 1887 als Betrüger erkannt wurde. Er wurde damals sogar tüchtig durchgebläut, wofür einer der Beteiligten gerichtlich bestraft wurde. Bei der Behörde mag Geppert wohl bekannt sein, denn als er sich eine Zeitlang verbotene Zeitungen, z. B. den „Züricher Sozialdemokrat“ und die „Freiheit“ kommen ließ, wanderten sie zuerst nach der Polizei und dann bekam Geppert sie. Die Gelsenkirchener Genossen haben dementsprechend dem Menschen sehr mißtraut, ihn sonst aber gar nicht beachtet. Also Geppert ist kein Sozialdemokrat, geschweige denn gar „hervorragender Agitator“. Er ist ein durchaus unwissender, roher Burche, dessen Genossenschaft wir entschieden zurückweisen. Schreiber dieses kennt alle Genossen des hiesigen Reviers, die einigermaßen hervortreten, persönlich; den Geppert kennt er nicht. Ein Blatt behauptet sogar, Geppert habe in der Ausstandsbewegung von 1889 eine Rolle gespielt. Auch das ist nicht einmal wahr; wiewohl wir als Sozialdemokraten mit dem Bergarbeiterstreik von 1889 nicht identifizirt werden können. Ein sonderbares Licht wirft es aber auf den „Helden des Ausstandes“ von 1889, daß derselbe sich zuletzt in lohnender und leichter Stellung auf Zechen „Bismarck“ befindet. Alle Bergleute, besonders die sozialdemokratischen, welche irgend eine Rolle in dem großen Streik gespielt, haben bis jetzt keine Arbeit. Dieser Geppert aber ist der besondere Liebling der Beamten. Das läßt tief blicken!“ — Wenn wir oben behaupteten, Geppert haumelte der nationalliberalen Partei an den Rockschößen, so hat das insofern seine Richtigkeit, als Geppert nach der „Rh.-Westf. Arb.-Ztg.“ ein Flüßblatt zu Gunsten des nationalliberalen Reichstagskandidaten Haarmann erlassen hat. — Gefällt das den „Lüb. Anz.“ u. A. w. g.

Ueber den Eisenbahnunfall giebt die Bahnverwaltung folgenden Bericht:

„Heute Nacht (in der Nacht zum Montag) erlitt der 1235 früh hier eintreffende Hamburger Schnellzug, als er in den hiesigen Bahnhof einfuhr, bei der Durchfahrt durch eine neben der Station Holstenthor belegene Weiche einen schweren Unfall, indem der dritte (zweiachsig) Wagen entgleiste, die beiden letzten Wagen mit dem Geleise riß und dann an der Stelle über den Fußgängerstunnel umstürzte. Gest durch das Umstürzen dieses Wagens wurde die Schlauchkupplung der Luftdruckbremse gerißt und kam der Zug nunmehr sofort zum Stehen. Gleise sind durch den Unfall vier Passagiere verletzt worden: einer von ihnen, Zimmermann Schoof von hier, nicht unerschädigt. Dieser wurde sofort mittelst Sonderzuges nach dem Weitergange der Emsforter Allee und von dort mit Tragbahre in das allgemeine Krankenhaus befördert. Vom Fußgängerstunnel ist Niemand verletzt worden. Wodurch die Entgleisung der Wagen herbeigeführt worden ist, hat sich noch nicht ermitteln lassen. An den entgleisten Wagen sind keinerlei Unregelmäßigkeiten zu finden gewesen. Ebenso befanden sich Gleise und Weiche in gutem Zustande und hatte die Weiche die für die Ueberfahrt richtige

Stellung. Da sonach die Ursache des Unfalls noch der Aufklärung harret, so hat die Eisenbahn-Direktion, obwohl seit Jahrzehnten eine ganze Reihe von Fällen täglich auf demselben Wege in den Bahnhof einfahren, doch vorsichtshalber die Anordnung getroffen, daß bis auf Weiteres die betreffenden Züge vor der Entgleisungsstelle zum Halten gebracht und dann langsam in den Bahnhof hineingefahren werden."

Ueber die anderen Verwundeten erfahren wir noch: Frau Biegelmann, Köwigstraße 109, wurde mittelst Tragekorb in die Wohnung befördert. Das Schlüsselbein soll gebrochen sein, außerdem soll sie am Arm Verletzungen erlitten haben. Die Sprache ist der Verwundeten geraubt. Sie hat durch Fußstöße auf Hals und Brust weitere Verletzungen erlitten. Mann und Tochter, die sich in demselben Wagen befanden, sind unverletzt. Der Fabrikant Herr Jellau, von der Dünglerfabrik in Siem, klagte nach dem Unfall über Schmerzen in der Hüfte. Schneidermeister Steffen, Fadenburger Allee, erlitt eine Verletzung am Auge, die noch während der Nacht von einem Arzt vernäht werden mußte. Knochenwunden hat er nicht erlitten. Kaufmann Blumenthal jr., Mengstraße 29, erlitt Verletzungen am Kopfe. Er wurde auf dem Bahnhofs verbleiben."

Die erste Hilfe leisteten Dr. Christern und Dr. Wichmann; später erschienen noch Dr. Adler und Dr. Hürschfeld. Kurz nach dem Unfall erschienen auch Senator Dr. Mittscher, Polizeikommissar Mund und Staatsanwalt Dr. Schüb. Die Aufräumungsarbeiten waren um 8 Uhr Morgens beendet. Was den Unfall verschuldet hat, wird die Untersuchung ergeben.

Lübeckische Staatsanleihe. Nachdem am Sonnabend den 2. März, Abends, die Scheinkommission, welche Bürgerchaft und Bürgerausschuß für diese Angelegenheit vertritt, den Vertrag mit dem unter Führung der Preussischen Seehandlungs-Societät gebildeten Konsortium über den Abschluß einer Staatsanleihe endgültig genehmigt hat, wird im Amtsblatte darüber Folgendes mitgeteilt: Das Anleihekaptal ist auf zehn und eine halbe Million fixirt. Die Anleihe wird am 1. April d. J. ausgegeben, vorher werden die Obligationen durch Interimsscheine vertreten. Die Anleihe enthält Stücke von 5000 Mark, 2000 Mark, 1000 Mark, 500 Mark und 200 Mark. Der Zinsfuß beträgt 3 Prozent, zahlbar halbjährlich am 1. Oktober und 1. April. Die Schuldverschreibungen sind von Seiten der Gläubiger unkündbar, von Seiten des Staates mit dreimonatlicher Frist kündbar, der Staat verspricht jedoch, von diesem Kündigungsrechte vor dem 1. Januar 1915 keinen Gebrauch zu machen. Uebrigens versteht es sich, daß auch schon vor diesem Zeitpunkt die allmähliche Tilgung der Anleihe im Wege des Ankaufs bewirkt werden kann. Das Jahr 1915 ist gewählt, weil bis dahin die Staats-Prämien-Anleihe ganz zurückgezahlt sein wird, so daß das Staatsbudget von da

wesentlich entlastet wird. Der Kurs, für welchen das Konsortium die Anleihe übernehmen wird, beträgt 96 Prozent.

Cafe Central, Mengstraße, scheint stets derartig besetzt zu sein, daß es auf weiteren Besuch gern verzichtet. So wird uns berichtet, daß einem anständig gekleideten Arbeiter, der am letzten Sonntag in Begleitung eines anständigen jungen Mädchens das betreffende Lokal besucht hatte, eine gedruckte Karte vom Kellner vorgelegt wurde, in der er aufgefordert wurde, das Lokal mit seiner Begleiterin so schnell als möglich zu verlassen. Der junge Mann, der ganz betroffen war, verstand diesen „Wink mit dem Zaunpfahl“ nicht, sondern besaß sogar noch die „Alkohol“, zu fragen, weshalb er das Lokal verlassen sollte. Ihm wurde bedeutet, ob er nicht lesen könnte, ev. würde man ihm „draußen“ die Sache näher auseinanderlegen. Das anständige junge Mädchen, das wohl ahnte, daß sie Veranlassung zu diesem Vorgehen des honetten Wirtes gegeben habe, weinte. Aber es half nichts. Wollte man sich keines Hausfriedensbruches schuldig machen, wollte man keinen Skandal erregen, so mußte man gehen, und beide Gäste wählten diesen Weg. Wir möchten deshalb allen denen, deren schwierige Faust darauf schließen läßt, daß sie dem Arbeiter- oder Handwerkerstande angehören, anheimgeben, doch derartige Lokale einfach zu meiden. Wir haben bisher immer in dem Wahne gelebt, daß henzutage jeder gern Geld verdient, das scheint, wenigstens beim „Cafe Central“, nicht der Fall zu sein. Nun gut, meide man einfach derartige Wirtshäuser!

Stadttheater. Morgen Mittwoch geht zum ersten Male in dieser Saison „Lumpaci vagabundes“ zum Benefiz für Herrn Deutschmann, in Szene. Herr Ober-Regisseur Waldeck hat das Stück in Szene gesetzt. In den Hauptrollen treten noch auf die Herren Magnus-Martins und Kunze. Herr Deutschmann ist ein tüchtiger Komiker, ein vortrefflicher Komiker; seine Komik wirkt nie verlegend. Wir wollen wünschen, daß ihm der alte Nestroy ein volles Haus bringt.

Verein für Naturheilkunde und arzneilose Heilweise. Im Bürgerverein spricht Mittwoch Abend auf Veranlassung genannten Vereins Herr Dr. med. Gans aus Hamburg über „Berufskrankheiten.“ Die Vorträge dieses Vereins waren bisher immer gut besucht. Auch bedienten die Referate die Besucher in jeder Hinsicht.

Der Selbstmörder, von dem wir gestern meldeten, heißt John und stammt aus Hamburg. Er ist verheiratet und anscheinend in einem Kohlengeschäft thätig gewesen. Bei der Leiche wurden noch eine Uhr mit goldener Kette sowie 5 Mk. bares Geld vorgefunden. Häusliche Zerwürfnisse sollen, nach der „E.Z.“, der Grund zum Selbstmord gewesen sein.

Ein Garbinnenbrand, der durch einige Feuerwehrleute bald gelöscht wurde, fand Sonntag Abend in einem Hause auf dem Kohlmarkt statt.

Gestohlen und dann verfehlt hat ein Kellner eine silberne Cylinderuhr. Die Uhr gehört einer Wittve in der Krähenstraße, der dieselbe aus der Wohnung gestohlen wurde.

Briefkasten.

F. r. G. h. 1) In Lübeck besorgt dieses Geschäft lediglich die Ortskrankenkasse und geht Sie durchaus nichts an. 2) Nur die Hälfte des Wertes der verwendeten Marken darf Ihnen in Abzug gebracht werden.

Gerichtliche Zwangsversteigerungen:

Mittags 12 Uhr.		
Haus:	Veſtler:	Termin:
Hansastraße 56,	Maß, C. E. F.,	9. März
Fleischhauerstraße 52,	Stoggenkamp, S. E. L.,	9. "
Blandstraße 25,	Lütjohann, L. E. F.,	9. "
Wedergrube 50,	Van, G. F. W., Wwe., geb. Jannad,	9. "
Eravenstraße,	Gode, J. P. S.,	16. "
Marienstraße 7,	Storch, C. F. S.,	16. "
Koekstraße 5 h	Schumacher, W. H.,	16. "
Hüterthor-Allee 31,	Lüneburg, A. F. L.,	16. "
Hüterthor-Allee 45,	Willborn, A. S. W.,	23. "
An der Mauer 39,	Schröder, K. S. F. C.,	23. "
Regibienstraße 24,	Wwe. geb. Hellriegel,	23. "
Arminstraße 33,	Hey, S. J.,	23. "
Engelsgrube 77/16,	Ulrog, P., Wwe., geb. Meier,	30. "

Sternschanz-Bichmarkt.

Hamburg, 4. März
Der Schweinehandel verlief gut. Zuführt wurden 2120 Stück, davon vom Norden — Städ. vom Süden — Städ. Preise: Verlandsschweine schwere 46—48 Mk., leichte 45—47 Mk., Sauen 40—44 Mk. und Ferkel 44—46 Mk. pr. 100 Pfd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote“ inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Johannes Probst
Hint. d. Burg 5-7
Lager aller Arten
Uhren
3 Jahre Garantie.
Reparaturen
unter 1 Jahr. Garantie.
Federn 1,50 Mk.
Gläser 0,50 Mk.



Laut Versammlungsbeschluss vom 3. d. M. verkauft der Verein der Höfer und Kleinhändler Lübecks und Umgegend die **FF Mohr'sche Margarine** von heute an für **70 Pf. per Pfund** sowie sämtliche andere Waaren zu den billigsten Tagespreisen.
Der Vorstand.

Bratenschmalz
pr. Pfd. 50 u. 60 Pf.
empfehlen
Aug. Scheere,
Hofstraßen 27.

Gute Speisebutter
a Pfund 80 Pf.
empfehlen
C. Krapp,
obere Wahnstraße 6.

Durch Zufall sehr schöne Flohheringe, per Stück 5 und 8 Pf., sowie schöne weiße Bohnen und Erbsen, sehr schön im Kochen.
W. Westphal, Schwartauer Allee 78.
Feinste französische u. gelbe **Magnum bonum-Kartoffeln** empfiehlt billigst
Reiferstraße 3 h. **C. Burmester.**

Empfehle sauber gearbeitete Leitern und Tritte sehr billig.
Sedanstraße 14 a.

COLOSSEUM.
Sonntag den 10. März 1895:
Große
Wolfs-Masquerade
verbunden mit
Kappenfest für Zuschauer.
Musik von der hiesigen Vereins-Kapelle (Streich- und Militär-Musik).
Im vollständigen Masken-Kostüm: Freier Zutritt.
Den Zuschauern ist die Teilnahme an Tänz gratis, jedoch nur mit einer humoristischen Kappe, gestattet. — Kappen sind am Eingange zu haben.
Masken-Garderoben am Ball-Abend im Hause.
Demaskierung nach Belieben.
Eintrittskarten im Voraus: Herren 75 Pf., Damen 40 Pf., in den Cigarren-Handlungen der Herren **Friedr. Nagel**, am Markt, **Wilh. Kalm**, Schlüsselbuden, **Cowalsky**, Klüngenberg, **C. Köster**, Breitestraße, **Ernst Lühr**, Friese, Cronsforder Allee 29.
Cassenspreis für Herren 90 Pf., für Damen 60 Pf.
Lokal-Öffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende 4 Uhr.




L. Prösch, Buchbinder,
mittl. Güzstraße 63, empfiehlt sich zu allen in seinem Fache vorkommenden Arbeiten.

Schuhmacher-Arbeit
liefert schnell, gut und billig
W. Westendorf, Alexanderstraße 5 a.

Zu sofort ein Schneider z. Aushilfe.
Kahlhorststraße 1, I.

Zu verkaufen ein junger, echter **italien. Hahn.**
Sedanstraße 17.

Zu verk. ein gut erhalt. Kinderwagen
billig. Bramstraße 10.
Ein fast neuer Kinderstuhlwagen und ein Wagenschirm steht billig zu verkaufen
Heinrichstraße 17 a.

Zum 1. April eine Parterre- und eine Etagen-Wohnung von je 2 Zimmern, Küche mit Wasser, sowie allem Zubehör.
Näheres Ronger Lohberg 41 im Hl.

Eine freundliche Wohnung für einzelne Leute ist zu vermieten.
Marlystraße 29 a.

Zu vermieten eine kleine Wohnung zu 160 Mk. Dornestraße 5.
Näheres Krausestraße 15.

Eine Stube zu vermieten für einen jungen Mann oder Mädchen.
Fischergrube 10, 2. Etage.

Ein freundliches Logis zu vermieten.
Heinrichstraße 22 a.

4 Damen-Maschen-Anzüge billig zu vermieten.
Mittlere Hinzstraße 63.
Gesucht zum 1. Juli für ein junges Ehepaar eine Wohnung vor dem Hüterthor zum Preise von 140—160 Mk. Offerten unter H 31 an die Exped. d. Bl. erb.

Gefunden. In meinem Geschäftslokal ist ein kleines **Backet** liegen geblieben. Gegen Erstattung der Kosten abzuholen bei **C. Michaelsen,** Uhrmacher, Holstenstr. 33.

Zentral-Verband deutscher Maurer
u. verw. Berufsgenossen.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 6. März
Abends 8 1/2 Uhr
im **Berliner Hof.**
Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Gewerkschaftsstartell.
2. Fragekasten.
3. Verschiedenes.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
Die örtliche Verwaltung.

Theater Menagerie international
auf dem Burgfelde
bleibt nur noch einige Tage geöffnet.
Täglich 2 Haupt-Vorstellungen
4 und 8 Uhr.
Auftreten von 4 Thierbändiger u. Wändigerinnen.
Non plus ultra.
Vorführung der wunderbar dressirten
3 Eisbären.
Großartigste, aber auch gefährlichste Dressur.
Ohne Konkurrenz in Deutschland. Kommen und urtheilen.
Eintritt: 1. Platz 75 Pf., 2. Platz 50 Pf., 3. Platz 30 Pf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Am Mittwoch den 6. d. M.,
Abends 8 1/2 Uhr,
Versammlung
bei F. Lecke, Lederstraße 3.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Concordia-Garten.
Donnerstag den 7. März:
Familien-Ball.
Anfang 8 Uhr.
F. Frahm.

Berein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde
(arzneilose Heilweise).
Vortrag
des Herrn Dr. med. Gans
aus Hamburg.
am Mittwoch, 6. März 1895
Abends 8 1/4 Uhr pünktlich
im Saale des Bürgervereins
Königstraße Nr. 25.
Thema:
Berufskrankheiten.
Eintrittskarten sind im Vorverkauf zu 50 Pf. in der Carstons'schen Buchhandlung (G. Weiland), Königstraße 72, an der Abendkasse zu 75 Pf. zu haben.
Die Mitgliedskarte berechtigt zum freien Eintritt.
Herr Dr. Gans wird vor dem Vortrag von 5—7 Uhr Nachmittags im Hause des Herrn Drögemüller, Güzstraße 41, 1. Et., zu sprechen sein.

Stadttheater in Lübeck.
Heute Dienstag Abend wegen Erkrankung v. Frau Krüger-Rosé
Charley's Tante.
100. Abonnements-Vorstellung. 4. Serie: **Wau**
Mittwoch den 6. März:
Ausser Abonnement.
Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise.
Benefiz f. **Hrn. Max Deutschmann.**
Einmalige Aufführung.
Lumpaci vagabundus
Zauberposse in 3 Akten von Johann Nestroy

Der Rechenschaftsbericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

I.

Ueber die Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung und die Thätigkeit der Generalkommission giebt der Vorstehende derselben C. Legien, im „Sozialpolitischen Zentralblatt“ folgende Uebersicht:

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung nahm besonders im Jahre 1889 bedeutend an Umfang zu; um jene Zeit gelang es den organisirten Arbeitern vielfach, durch Streiks bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Die natürliche Folge davon war, daß die Arbeitgeber ihrerseits versuchten, durch Vereinerung das fortschreitende Anwachsen der Organisationen zu verhindern. Der unglückliche Ausgang der Aussperrung, welche die Hamburger Arbeitgeber fast über die gesammte organisirte Arbeiterschaft Hamburgs verhängten, weil sie am 1. Mai 1890 die Arbeit ruhen lassen wollten, gab gewissermaßen den Anstoß zu einem allgemeinen Vorgehen gegen die Arbeiterorganisationen. Eine genaue Statistik über diese Streiks und Aussperrungen ist leider nicht vorhanden. Nach den Angaben der Vereinsvorstände fanden in den Jahren 1890/91 226 Streiks statt, an denen 38,536 Personen theilhaftig waren. Die Streiks dauerten 1348 Wochen und erforderten eine Ausgabe von 2,094,922 Mk. Viele dieser Arbeitseinstellungen waren eine Folge von Lohnkürzungen und Maßregelungen der Mitglieder der Gewerkschaftsorganisationen. Eine Regelung des Unterstützungswezens dieser Streiks war nicht vorhanden. Es war allgemein üblich, auch bei kleineren Arbeitseinstellungen an die gesammte deutsche Arbeiterschaft zu appelliren und Sammelbogen nach allen bekannten Orten zu senden. Dies mußte zu Unträglichkeiten führen und eine Regelung der Angelegenheit war dringend geboten.

Um eine Verständigung unter den Vorständen der Gewerkschaften herbeizuführen, wurden dieselben von dem Vertrauensmann der deutschen Metallarbeiter zu einer Konferenz für den 16. November 1890 nach Berlin zusammen berufen. Diese Konferenz setzte eine Kommission, die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, ein und sollte dieselbe alle Abwehrstreiks unterstützen und die Agitation unter den nicht organisirten Arbeitern betreiben. Die weiteren Maßnahmen sollten von einem von dieser Kommission einzuberufenden Gewerkschaftskongreß beraten und beschlossen werden.

Die Gewerkschaftsvorstände verpflichteten sich, die Ausgaben der Kommission durch Beiträge, die pro Kopf der Mitglieder festzustellen waren, zu decken. Da die Einberufung des Kongresses noch verkrüht erschien, der Kommission aber bestimmtere Weisungen für ihre Thätigkeit gegeben werden mußten, wurden die Vorstände nochmals zu einer Konferenz für den 7. September 1891 nach Halberstadt berufen und wurde dort beschlossen, daß jede Gewerkschaft pro Kopf der Mitglieder und pro Quartal 3 Pfg. an die Generalkommission bezahlen sollte. Auf dem Gewerkschaftskongreß, der vom 14. bis 18. März 1892 in Halberstadt abgehalten wurde, gab dann die Generalkommission ihre Abrechnung. Sie hatte vom 20. November 1890 bis 29. Februar 1892 eine Gesamt-Einnahme von 288,992 Mark. Darunter waren an Quar-

talsbeiträgen der Gewerkschaften 5413 Mark, an freiwilligen Beiträgen 106,504 Mark, durch eine Sammlung, die am 1. Mai 1891 veranstaltet wurde, 64,776 Mark und außerdem an Darlehen 106,950 Mark. Verausgabte wurden in demselben Zeitraum für Streit-Unterstützung 192,696 Mark, zurückgezahlte Darlehen 75,000 Mark, für Drucksachen 3597 Mark, für verschiedene Verwaltungswecke, Agitation u. s. w. 12,556 Mark, zusammen 280,252 Mark. Der Generalkommission verblieb am 1. März 1892 ein Kassenbestand von 8739 Mark, und war noch ein Rest des Darlehens von 31,950 Mark zu decken. Der Gewerkschafts-Kongreß beschloß, daß die Generalkommission Streiks nicht mehr zu unterstützen habe, und wurden ihr dann die folgenden Aufgaben zugewiesen:

1. die Agitation in denjenigen Gegenden, Industrien und Berufen, deren Arbeiten noch nicht organisiert sind, zu betreiben;
2. die von den einzelnen Zentral-Vereinen aufgenommenen Statistiken zu einer einheitlichen für die gesammte Arbeiterschaft zu gestalten und eventuell zusammenzustellen;
3. statistische Aufzeichnungen über sämtliche Streiks zu führen und periodisch zu veröffentlichen;
4. ein Blatt herauszugeben und den Vorständen der Zentral-Vereine in genügender Zahl zur Versendung an deren Zahlstellen zuzufenden, welches die Verbindung sämtlicher Gewerkschaften mit zu unterhalten, die nöthigen Bekanntmachungen zu veröffentlichen und, soweit geboten, deren rechtzeitige Bekanntmachung in der Tagespresse herbeizuführen hat;
5. internationale Beziehungen anzuknüpfen und zu unterhalten.

An Beiträgen sollte jede Gewerkschaft pro Kopf ihrer Mitglieder und pro Quartal 5 Pfg. an die Generalkommission bezahlen. Der Rest des Darlehens sollte durch freiwillige Spenden seitens der Mitglieder der Gewerkschaften gedeckt werden. Die Generalkommission hat seit dem 15. März 1892 im Sinne des ihr gegebenen Auftrages gewirkt und richtete in der letzten Hälfte des Jahres 1894 die Anfrage an die Gewerkschaftsvorstände, ob für das Jahr 1895 ein allgemeiner Gewerkschaftskongreß einberufen werden solle. Sie selbst hielt einen solchen Kongreß nur dann für nothwendig, wenn derselbe sich nicht nur mit der Berichterstattung der Generalkommission und mit der Frage des weiteren Ausbaues der Organisationen, sondern auch mit weitergehenden Angelegenheiten, so der Arbeiterschutzesgebung, der Versicherungsgebung, dem Fabrikinspektorat und der Vereinsgesetzgebung befassen würde. Die Vorstände lehnten es ab, die Tagesordnung des Kongresses auf die letztgenannten Gegenstände auszudehnen und beschlossen, im Jahre 1895 einen Kongreß nicht stattfinden zu lassen. Der Generalkommission wurde der Auftrag gegeben, am Schlusse des Jahres 1895 einen eingehenden Bericht über die Thätigkeit und die Finanzlage zu geben. Dieser Bericht ist nunmehr den Vorständen der Gewerkschaften und der Arbeiterpresse zugesandt worden. Einiges aus demselben wollen wir im Folgenden veröffentlichen. Die Kommission hatte vom 1. März 1892 bis zum 31. Dez. 1894 bei einem Kassenbestand von 8739 Mark eine Gesamteinnahme von 72882 Mark. An Quartalsbeiträgen wurden vereinnahmt 57411 Mark, an sonstigen freiwilligen Beiträgen 1086 Mark, an freiwilligen Bei-

trägen zur Rückzahlung des Darlehens 8022 Mark, für Broschüren, die von der Generalkommission herausgegeben wurden, 9643 Mark. Die Ausgaben stellten sich folgendermaßen: Für Agitation 15801 Mark, für Drucksachen, Broschüren, Flugblätter und „Korrespondenzblatt“ 11666 Mark, Rückzahlung von Darlehen 11730 Mark, für Vertretung der Generalkommission auf den Kongressen und Generalversammlungen der Gewerkschaften 1875 Mk., an persönlichen Verwaltungskosten, Gehältern und Entschädigungen an die Kommissionsmitglieder 6588 Mark, an sachlichen Verwaltungskosten, Postis, Büchern u. s. w. 5959 Mark, in Summa 54425 Mark. An Kassenbestand blieb am 31. Dezember 1894 18456 Mark. Von dem Darlehen von 31950 Mark konnten 11730 Mark zurückgezahlt werden, so daß noch 22220 Mark zu decken bleiben. Da dieser Restbetrag durch die für diesen Zweck besonders zu veranstaltenden Sammlungen gedeckt werden sollte, so konnten von den anderen Einnahmen keine Mittel hierfür verwandt werden. Von 53 Gewerkschaften, die am Schluß des Jahres 1894 vorhanden waren, hatten 41 Quartalsbeiträge bezahlt, und zwar 3 Gewerkschaften für elf Quartale, 8 für zehn Quartale, 4 für acht Quartale, 5 für sieben Quartale, 3 für sechs Quartale, 3 für fünf Quartale, 1 für vier Quartale, 1 für drei Quartale, 4 für zwei Quartale und 5 für ein Quartal. Daß einzelne Gewerkschaften nur eine geringe Zahl oder gar keine Quartalsbeiträge bezahlten, lag weniger am Mangel an gutem Willen, als an den ungünstigen Kassenverhältnissen dieser Organisationen.

Soziales und Partei-Leben.

Die Reichstags-Abgeordneten Stadthagen und Schippel werden Ende ds. Mts. auf einige Zeit Pflügen verlassen. Die sozialdemokratische Fraktion wird alsdann gegen das Tabaksteuer- und Umsturzgesetz voraussichtlich 48 Stimmen abgeben können.

Größere Arbeiterentlassungen haben, wie in der amtlichen „Berliner Korrespondenz“ mitgetheilt wird, infolge der nothwendig gewordenen Herabsetzung des Betriebes in den militärischen Fabriken zu Spandau während der letzten Monate stattfinden müssen, weitere Entlassungen von Arbeitern stehen für das nächste Frühjahr bevor. Auch bei den militärischen Fabriken zu Siegburg im Rheinland kommt im künftigen Frühjahr eine größere Anzahl solcher Arbeiter aus dem erwähnten Grunde zur Entlassung. Um diese Arbeiter möglichst vor Noth zu schützen, hat der Minister des Innern die Oberpräsidenten angewiesen, geeigneter Weise auf die Stadtgemeinden ihrer Provinz, insbesondere die größeren, dahin einzuwirken, daß auf diese Arbeiter, wenn sich dazu die Gelegenheit bietet, bei der Verwendung von Arbeitskräften innerhalb der städtischen Betriebe soviel wie möglich Rücksicht genommen wird. Die Direktion des Feuerwerks-Laboratoriums in Spandau hat Auftrag erhalten, für sämtliche militärischen Fabriken daselbst den Nachweis der entlassenen und noch zu entlassenden Arbeiter der verschieden Handwerkszweige zu übernehmen und auf Erfordern denjenigen Stellen, welche Arbeiter einzustellen beabsichtigen, entsprechende Auskunft zu erteilen. Den gleichen Auftrag hat die Direktion der Geschloßfabrik in Siegburg für die dortigen Fabriken erhalten. — Herr

Folly Morrison.

Roman von Frank Barrett.
Autorisirte Uebersetzung von A. Geißel.

(13. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Als Folly in der ersten Coullisse verschwand, blickte Esperanza ihr bewundernd nach. Fünf Minuten später erschien sie wieder; die Schleppe gleich jetzt einem Menschenkind gewöhnlichster Art. Sie reichte dem Balletmeister das rothe Seidentuch und sagte herzlich:

„Besten Dank, daß Sie so freundlich waren, mir das Tuch zu leihen.“

„Mademoiselle würde mir eine Ehre erweisen, wenn Sie das Tuch behalten wollten,“ entgegnete der Spanier verbindlich.

Folly strahlte vor Freude; sie schlang das Tuch um den Hals und schien sich in demselben außerordentlich gut zu gefallen. Wie Freigebigkeit mitunter ansteckend wirkt, so geschah es auch hier — der Pächter griff in die Tasche und bot Folly eine Handvoll Münzen mit den Worten:

„Bitte nehmen Sie — es dürfte Ihnen vielleicht angenehm sein, den Gehalt für die erste Woche im Voraus zu erhalten.“

„In der That, ich danke Ihnen,“ sagte Folly kühl, indem sie das Geld in ihre Tasche gleiten ließ. „Ich bin eben nicht gut bei Kasse.“

Im Begriff, das Theatergebäude zu verlassen, kam sie an der Portierloge vorbei. Sie winkte dem Manne freundlich zu.

„Nun, wie steht es denn mit dem Engagement?“ fragte dieser.

„Ich bin einstweilen schon auf sechs volle Wochen engagirt.“

„Na, das nenne ich Glück — und wie steht es mit dem Gehalt?“

„Ich bekomme einstweilen drei Guineen für die Woche.“

„Drei Guineen, — aber das ist ja doch kaum glaublich!“

„Wahr ist es aber doch — hier habe ich schon den Gehalt für die erste Woche — wie viel Pence das wohl sind?“

„Herr Gott, das viele Geld — ich glaube wahrhaftig, Du — Sie sind auf dem besten Wege, eine vornehme Dame zu werden.“

„Um so besser!“ gab Folly lachend zurück.

10. Kapitel.

Folly nahm die Aufforderung des Portiers, mit ihm nach Hause zu gehen und wie in der vorangegangenen Nacht in seiner Familie zu schlafen, wiederum an, aber das Bewußtsein, Geld in der Tasche zu haben, ließ sie schon an eine eigene Wohnung denken — sie wollte unabhängig sein.

„Wieviel braucht ein Mädchen, um in London eine Woche anständig leben zu können,“ fragte sie ihrem Begleiter unterwegs.

„Ich denke, mit einem Pfund Sterling sollte ein Mädchen, wenn es nicht zu anspruchsvoll ist, auskommen,“ sagte ihr Begleiter.

Folly überlegte eine Weile; wenn sie einen Sovereign für sich brauchte, blieben ihr noch zwei übrig — folglich konnte sie diese beiden dazu verwenden, um sich ihren Freunden, dem Portier und dem Balletmeister, erkenntlich zu zeigen. Auch über die Art der Verwendung der beiden

Goldstücke war sie bald im Reinen — dem Balletmeister wollte sie das schönste seidene Tuch kaufen, was für ein Pfund zu haben war und hinsichtlich des Portiers war's vielleicht am besten, wenn sie zu ergründen suchte, was er vorzog, — Geld oder ein Geschenk. So sagte sie denn wie beiläufig: „Wenn Ihr die Wahl hättet zwischen einem Kleidungsstück oder dem Geld dazu, wofür würdet Ihr Euch entscheiden?“

„Natürlich für das Geld,“ lautete die prompte Antwort.

„So — nun dann nehmt hier diesen Sovereign von mir an.“

Sie wollte damit dem Portier das Geld in die Hand schieben, aber er trat ganz erschrocken zurück und starrte Folly an.

„Ihr sollt dies Geld nehmen. Ihr war't gültig gegen mich und ich mag Euch dankbar sein. Nun, so nehmt doch!“

„Das viele Geld sollte ich von Ihnen annehmen — um keinen Preis!“

„Aber weshalb denn nicht. Es betrübt mich, wenn Ihr Euch weigert,“ sagte Folly, nachdem sie ganz roth geworden war.

„Ich danke Ihnen vielmals, aber ich kann das Geld nicht nehmen — Sie müssen's selbst behalten.“

„Dann thut mir's leid, denn wenn's Euch nicht gut genug ist, kann ich's auch nicht behalten!“ rief Folly heftig und mit kräftigem Schwung schleuderte sie das Goldstück über das Gitter der Waterloo-Brücke, welche sie eben überschritten, in die Themse.

„Barmherziger Gott, sind Sie närrisch geworden?“ rief der Portier außer sich, indem er ein Gesicht machte, als ob er in's Wasser springen wollte, um sich das Geld wieder zu holen.

Röller hat wohl diese Arbeiterentlassungen nur deshalb in seiner Correspondenz erwähnt, um mit seiner „Arbeiterfreundlichkeit“ zu paradien! Umsonst ist doch nicht erwähnt, daß sich der „Minister des Innern“, Röller, für Unterbringung der Arbeiter gesorgt hat. Der Volksmund sagt immer, sobald sich Jemand selbst rühmt: Eigenlob stinkt!

Wegen Lohnunterschieden in der Müller'schen Blechwaarenfabrik ist der Zuzug von Klemptnern nach Flensburg fernzuhalten.

Der dritte internationale Kongress der Eisenbahn-Angestellten ist von dem internationalen Ausschusse zu Paris auf den Monat August nach Mailand einberufen worden.

Der zwölfte Verbandstag der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften findet am 3. Juni und folgende Tagen in Danzig statt. Eine Leichenschau!

Achtung! Lithographen! Die organisierten Lithographen Amerika's beabsichtigen gegen die verderbliche Alfordarbeit vorzugehen. Sie ersuchen deshalb die Kollegen Deutschland's, überhaupt die Kollegen Europa's, sich nicht nach Amerika anwerben zu lassen, da sie nur als Streikbrecher dienen sollen, um den Lohn zu drücken. Zwei der größten Geschäfte sollen, wie es heißt, Agenten nach Europa senden, um Streikbrecher zu werben. — Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Vom Gen. Dr. jur. Cl. Treves geht dem „Vorwärts“ bezüglich der gestrigen Notiz nachstehendes Schreiben zu: „Seit einiger Zeit unternimmt es ein Individuum — Betrüger oder Spitzel gleichviel — sich unter meinem Namen, Cl. Treves, früherer Redakteur des „Gribo del Popolo de Turin“, an die Redaktionen deutscher Parteiblätter heranzubringen. Es ist meine Pflicht und liegt in meinem Interesse, die Parteigenossen hierdurch darauf aufmerksam zu machen, daß jener Herr ein ganz gefährlicher Schwindler sein muß, denn alle jene Eigenschaften, die er sich zuschreibt und unter denen er versucht, sich in das Vertrauen seiner Opfer einzuschleichen, gehören mir. Hoffend, daß es bald gelingen möge, den Gauner zu entlarven, kann ich vorläufig nichts thun, als öffentlich vor ihm zu warnen, damit die Genossen sich vor ihm hüten.“

Dr. jur. Claudio Treves.
Der in Essen von unseren Genossen abgefaßt und von der Polizei so glimpflich behandelte Lumpazius ist ein großer Mann mit schwarzen Haaren im Alter von ca. 50 Jahren, während Gen. Dr. jur. Treves ca. 26 Jahre alt sein dürfte, von Mittelgröße ist und rothes Kopf- und Barthaar hat.

Weibliche Fabrikinspektoren! Das oberpfälzische Schwurgericht hat einen Fabrik-aufseher (Vorarbeiter), der gewohnheitsmäßig die unter ihm stehenden Arbeiterinnen mißbrauchte, zu 5 1/2 Monaten Gefängnis verurtheilt. In den Bereich des Urtheils konnten nur mehr zwei Fälle gezogen werden, in denen es sich um Vergehen wider die persönliche Freiheit durch Nötigung handelte. Wenn man ähnlichen Vorgängen laudabuland nachforschen wollte! Der Fall zeigt deutlich, wie nothwendig weibliche Vertrauenspersonen sind, die dem Fabrikinspektorat angegliedert sind. Es giebt Beschwerden der Arbeiterinnen, die einer männlichen Aufsichtsperson höchstens dann hinterbracht werden, wenn der Uebelstand schon sehr lange gedauert hat. Solche Uebelstände würde eine weibliche Aufsichtsperson meist schon sehr bald entdecken.

Aus Nah und Fern.

Gegen deutsche Eisenbahnverwaltungen sind beim Reichs-Eisenbahnamt im Jahre 1894 im Ganzen 79 Beschwerden aus dem Publikum eingelaufen. Davon beziehen sich 22 auf die Tarife, 7 auf den Fahrbetrieb

Folly schwieg verstockt, während ihr Begleiter ihr auseinanderlegte, daß er nur, um sie nicht zu berauben, das Geld zurückgewiesen habe. Allmählich fand sie ihre gute Laune wieder und als sie an der Wohnung des Portiers anlangten, war der Friede wieder hergestellt. Aber während der Mann mit tiefstem Bedauern an das verlorene Geld dachte, hatte Folly die Sache schnell genug vergessen.

Als Folly am Montag Vormittag in Begleitung des Portiers zur ersten Probe ging, fragte sie nach einem Laden, wo sie ein schönes seidenes Halstuch kaufen könne und erhielt den Rath, zu Eban u. Edgar in Piccadilly zu gehen.

„Was wünschen Sie?“ fragte ein Kommiss, als Folly den Laden betrat.

„Ich möchte ein seidenes Halstuch kaufen, so schön, wie ich es für einen Sovereign bekommen kann,“ entgegnete Folly, indem sie diesen Betrag auf den Ladentisch zählte.

Der Verkäufer blickte sie erstaunt an, prüfte das Geld eingehend und brachte dann die feinsten Tücher herbei, die im Laden waren.

Folly betrachtete die vorgelegte Waare und nachdem sie entdeckt hatte, daß diese bedeutend feiner waren, als das Tuch, welches Esperanza ihr geschenkt, war sie ganz beruhigt. Sie wählte sich das schönste Tuch aus, ließ es in einen feinen Karton legen und ging dann in Begleitung des Portiers, der draußen gewartet hatte, weiter.

Es war schon ziemlich spät, als sie die Bühne betrat und Esperanza hatte bereits auf sie gewartet. Ziemlich schüchtern bot sie ihm das Geschenk — es überraschte und erfreute ihn indes sichtlich und Folly fühlte sich überglücklich.

Und nun ging's an die Arbeit. Der Balletmeister

und 25 auf andere Gegenstände. Das Reichs-Eisenbahnamt hat von diesen Beschwerden 7 für begründet erachtet, 28 als unbegründet abgelehnt und 1 auf den Rechtsweg verwiesen. In 12 Fällen war die Zuständigkeit des Reichs nicht begründet, in 3 Fällen sind die angeordneten Erhebungen noch nicht abgeschlossen. Die übrigen 28 Beschwerden wurden an die zunächst zuständigen Eisenbahnverwaltungen zur Erledigung abgegeben. Betroffen von Beschwerden sind überhaupt 25 Eisenbahnverwaltungen. — Sollte die „Lübeck-Blickener“ nicht darunter sein?

Eine Rettung aus Lebensgefahr durch einen Kanarienvogel gehört gewiß nicht zu den alltäglichen Vorkommnissen. Ueber einen solchen seltenen Fall wird der „Königsb. Allg. Bzg.“ aus Billau Folgendes berichtet: Herr S. hat einen Kanarienvogel, der sehr zahm ist, auf einen Pfiff seines Herrn den Käfig verläßt, sich auf seinen Schreibtisch setzt und neugierig dem einsigen Schreiben zusieht, den Zucker aus dem Munde mit seinem Schnäbelchen pickt und dann liebevoll und dankend sein Köpfchen an den Wangen des gütigen Spenders reibt, kurz der beste Freund seines Herrn ist. Nun hatte Herr S. die Gewohnheit, Abends, wenn er sich zu Bette legte, noch zu rauchen. Eines Abends aber schloß er dabei unversehens ein. Nicht lange konnte er indeß geschlafen haben, als ihn ein Picken an seinen Lippen weckte. Aus seinem Schlummer auffahrend, fand er die Stube voller Rauch und bemerkte dann auch ein auf der Decke sich ausbreitendes Glimmen. Die brennende Zigarre war seiner Hand entfallen, auf der Decke liegen geblieben und hatte das Oberbett entzündet. Sein kleiner Freund, der ängstlich im Zimmer hin- und herflatterte, hatte ihn aus schwerer Gefahr gerettet.

Minister v. Röller, der Umsturz und Miß Rose Bachelor. Diese Ueberschrift widmet das Berliner „Fremdenblatt“ folgender interessanten Mittheilung: Herr v. Röller ist eine vorwiegend ethische Natur zu eigen, die ihn mit vollem Recht befähigt, der Vorkämpfer für Sitte und Ordnung zu sein. Seine entristeten Bepredigungen der unsittlichen Erzeugnisse der modernen Litteratur, die von keinerlei Sachkenntniß getrübt waren, haben bei allen moralisch zahlungskräftigen ungeheilte Bewunderung erregt. Nun, nachdem Herr v. Röller die modernen Poeten vernichtet hat, sucht er sie auf, um sie nachträglich kennen zu lernen. Er scheut keine Mühen und Kosten, er bringt dem Staate das Opfer. Herr v. Röller begann vorgestern mit seiner literarischen Rekognoszierungsfahrt. Er fuhr ins Adolf Ernst-Theater, wo die kankarierenden Künste der Miß Rose Bachelor, die erst kürzlich den Hof von Koburg entzückt hatte, auch den Beifall des Herrn v. Röller fanden. Der preussische Minister sprach sich sehr anerkennend über das „Fibele Korps“ aus, „das ihn sehr amüsirt habe“. „Wenn die „Weber“ auch so belustigend sind, über die ich mich bis jetzt so entristet habe,“ soll Se. Excellenz auf der Heimfahrt zu sich gesagt haben, „na dann ist die moderne Litteratur ja gar nicht so schlimm“. Und er beschloß, demnächst das Deutsche Theater aufzusuchen. — Wenn dessen Direktor, Brahm, klug ist, so leiht er sich für diesen Tag Miß Rose und läßt sie zum Schluß des Stückes mit dem alten Hilde, (Person aus „Die Weber“), einen versöhnenden Kantan aufführen.

Der Redakteur Jahns hatte im Fachblatt der Porzellanarbeiter, der „Ameise“, die Namen einiger Streikbrecher veröffentlicht, was ihm ein Strafverfahren einbrachte. Er sollte gegen den § 153 der Gewerbeordnung verstoßen haben. Durch diesen Paragraphen wird bekanntlich u. A. Demjenigen eine Gefängnisstrafe angedroht, der Andere durch Verurtheilung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an den

hatte die Nacht über gewacht, um die Bullethinlagen in dem Zauberstück „Sack und sein Wunder“ zu verändern — auch die Musik war umgearbeitet worden und Alles in Allem verursachte Folly's Eintreten sehr viel Unbequemlichkeiten.

Folly's derzeitige äußere Erscheinung rechtfertigte in keiner Weise die Erwartungen, welche das ganze in dem Ballet beschäftigte Personal an das Erscheinen der Novize geknüpft hatte — wie kam der Balletmeister dazu, um dieses kaum erwachsene, in Lumpen gekleidete Mädchens Willen neue Proben anzufügen und das ganze Corps de Ballet zu quälen? Vom Kapellmeister bis zum Lampenputzer ließ jeder sich's angelegen sein, Folly begreiflich zu machen, wie störend ihr Auftauchen sei. Doch anstatt sich darüber zu ärgern, fand es das junge Mädchen sehr spaßhaft, so viele Leute zu verstimmen — sie mußte doch entschieden eine wichtige Persönlichkeit sein!

Als die Probe beginnen sollte und der Regisseur verkündete, daß bis zum Sonnabend nun jeden Vormittag eine Balletprobe stattfinden werde, erhob sich lautes Murren und die erste Solotänzerin erklärte, unter diesen Umständen werde sie bestimmt ihre Entlassung nehmen.

Der Regisseur lächelte spöttisch und Esperanza sagte kühl: „Ganz wie Sie wollen, Mademoiselle — das Ballet wird deshalb keine, auch nicht die kleinste Störung erleiden.“

Die Tänzerin ward bleich und blickte wüthend auf Folly; diese indeß schaute ihr mit dreistem Lachen ins Gesicht und so hielt es die andere für das Beste, sich zurückzuziehen.

Jetzt erklärt Esperanza die Intentionen seines Ballets, und zum Kapellmeister gewandt, sagte er:

„Wenn die Solotänzerin sich bückt, um die Blumen

im § 152 bezeichneten Verabredungen theilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder Andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten. Gemeint sind „Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittelst Einstellung der Arbeiter.“ — Das Schöffengericht sprach Jahns frei, der seiner Meinung nach nicht gegen die fragliche Bestimmung des § 153 gefehlt hatte, während ihn die Strafkammer zu einer mehrwöchentlichen Haftstrafe verurtheilte. Jahns gab sich damit nicht zufrieden, sondern legte Revision beim Kammergericht ein. Dies hielt den Einwand für durchgreifend, daß noch nicht festgestellt sei, ob die Streikbrecher überhaupt davon erfahren hätten, daß ihre Namen in der „Ameise“ veröffentlicht wurden. Die Sache wurde deshalb am 28. Februar an die Strafkammer zu dem Zweck zurückverwiesen, jene unterlassene Feststellung zu bewirken.

Wegen Beförderung der Desertion eines Soldaten war ein Vater angeklagt worden. Er hatte seinem Sohne, welcher sich der Dienstpflicht dauernd entziehen wollte, die Reisemittel nach Amerika eingehändigt. Die Strafkammer hatte den Angeklagten freigesprochen. Sie nahm zwar an, daß der Sohn bei seiner Entweichung ein deutscher Soldat im Sinne des § 141 St.-G.-B. gewesen sei, glaubte aber dem Angeklagten, daß er sich hierüber in Unkenntniß befunden und angenommen habe, daß nur Diejenigen Soldaten seien, die schon den Fahneneid geleistet hätten. Das Reichsgericht hat, wie die „Jur. Wochenschrift“ mittheilt, das freisprechende Erkenntniß aufgehoben und Folgendes ausgeführt: Das St.-G.-B. zählt im § 112 zu den Personen des Soldatenstandes sowohl die im aktiven Dienste, als auch die im Beurlaubenstande befindlichen Personen. Im Sinne des § 141 sind also die Angehörigen beider Kategorien Soldaten. Wenn also der Angeklagte sich hierüber irrte, obwohl er wußte, daß sein Sohn, der zur Artillerie ausgehoben war und an einem bestimmten Tage einzurücken hatte, mithin zu den beurlaubten Rekruten zählte, so hat er sich in einem Irrthum über den Inhalt des Strafgesetzes und nicht in einem tatsächlichen oder diesem gleichgestellten rechtlichen Irrthum befunden.

Ultramontanismus und Mathematik. Der fromme Eifer des Ultramontanismus, Alles nach der kirchlich-hierarchischen Schablone zuzuschneiden, führt zu den wunderbarsten Erscheinungen. In der jüngsten Nummer des „Pädagogischen Central-Anzeigers“ steht eine Anzeige, die mit den Worten beginnt:

„Treu katholischer Mathematiker gesucht an eine höhere Schule in einer großen Stadt.“

Die Unduldsamkeit mancher treuen Katholiken, die keinen „Keger“ in ihrem Hause, in ihrer Fabrik u. d. d. ist bekannt; die Sache gehört in das Kapitel des wehleidigen Klagens über die Mißgehen und anderer Bethätigungen konfessioneller Engherzigkeiten, an die man in einem Lande, wo es auf dem konfessionellen Kriegsschauplatz immer hoch hergeht, allgemach gewöhnt ist. Was aber der pythagoräische oder der binomische Lehrsatz, die analytische Geometrie, die Infinitesimal- und Integralrechnung mit dem katholischen Dogma zu thun haben, das begreife wer kann! Wir sind angesichts dieses neuesten Fortschritts in der praktischen Bethätigung ultramontanen Eifers neugierig darauf, wann die Zeit kommt, wo in Deutschland eine „treu katholische“ Person, die bei einer Feuersbrunst zu verbrennen droht, sich nur von einem „treu katholischen“ Feuerwehrmann retten lassen will. Vielleicht sind wir von einem solchen Zustande nicht mehr allzuweit entfernt.

zu pflücken, muß die Musik in ein langsames Tempo übergehen.“

„Im — so etwa?“ fragte der Kapellmeister; einige Tasten auf dem Klavier anschlagend.

„Das Tempo ist schon das richtige, aber eine solche Melodie finde ich ganz schrecklich,“ sagte Folly lebhaft.

Der Kapellmeister blickte giftig auf die Sprecherin und meinte spöttisch:

„Am Ende kann Mademoiselle eine Melodie angeben, die besser geeignet ist?“

„Natürlich kann ich's, wenn's auch gar nicht mein Geschäft ist,“ sagte Folly ganz gelassen. Und ohne eine Spur von Verlegenheit intonirte sie eine Weise, welche selbst dem kritischen Ohr des Kapellmeisters geradezu imponirte.

(Fortsetzung folgt.)

Litterarisches.

Herr von Stephan und seine Leute. Zur Lage der unteren Postbeamten im deutschen Reichspostgebiet. Nach amtlichen Quellen zusammengestellt und bearbeitet von D. Bieth, Preis 75 Pfg. Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt über diese Neuerscheinung: Bekanntlich hat die „Deutsche Postzeitung“, das Organ des Postbeamtenverbandes, eine buchhändlerische Anzeige des Büchelchens in ihrem Inseratentheil abgelehnt — in der Furcht des Herrn. Bieth, ein ausgezeichneter Sachkenner, liefert ein sorgsam, bis in die kleinsten Einzelheiten ausgeführtes Bild der sozialen und wirtschaftlichen Zustände in Stephan's Reich. Er behandelt das rechtliche Verhältnis zwischen Postverwaltung und Unterbeamten, die Besoldungsverhältnisse, das Altersstufen-system, das ja in den Debatten des Reichstags eine große Rolle spielen wird, den Wohnungsgeldzuschuß, die Dienst- und Urlaubsverhältnisse und die beruflichen Wohlfahrts-Einrichtungen. Schritt vor Schritt gehen wir an der sicheren Hand des Sachmannes, der sozialpolitisch geschult die Zustände treffend erläutert und beurtheilt, aus amtlichen Quellen schöpfend. Wir können das Schriftchen auf das Beste empfehlen. Möge es fleißig gelesen und gut benutzt werden!